Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition Neue Graupenstr. 5/8, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk 2.50, frei ins Haus Mk 2.92, wo keine Post am Orte Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Inseratengebühr beträgt für die einspaltige Colonelzeile oder deren Raum 25 Pfennige, für Arbeitsmarkt, Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 15 Pfennige, Auswärtige Inserate 35 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittag 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Telephon Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Expedition 1206.

Nr. 43. Sonnabend, den 20. Februar 1909. 20. Jahrgang.

Der jungtürkische Sieg.

Seit den Hochsommertagen des vergangenen Jahres, als unter dem Einfluß der drohenden Haltung und der drohenden Bajonette der mazedonischen Armeekorps Abdul Hamid Hals über Kopf der Türkei eine Verfassung bewilligte, herrschte in Konstantinopel ziemlich uneingeschränkt das jungtürkische Komitee, die Seele der ganzen Staatsumwälzung, wenngleich in dem neuen Parlament dieses Komitee bei weitem nicht die stärkste Partei ist. Eine Erscheinung ist das, die sich in revolutionären Zeiten nicht selten zeigt, daß bei irgend einem öffentlichen oder geheimen Klub außerhalb des Parlaments die eigentliche Macht liegt — man braucht nur an den Jakobinerklub oder auch an den Wohlfahrtsausschuß während der großen französischen Revolution zu denken, die den Nationalkonvent beherrschten, weil das Volk der Pariser Vorstädte stets bereit stand, auf ihren Wink ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. So stützte sich das jungtürkische Komitee auf die Armee und die Marine, und der Minister des Krieges wie auch der der Marine gehörten in Person dem Komitee an.

Nun hat vor acht Tagen der Großwesir Kiamil Pascha eine Art von Staatsstreich versucht, indem er diesen komiteetreuen Kriegs- und Marineminister aus dem Kabinett ausschiffte, ohne Befragen des Parlaments und so selbstherrlich, wie vor Zeiten der Padischah unbequem gewordene Odalisken in einen Sack nähen und in den Bosporus werfen ließ. Das war schon ein Akt absolutistischer Willkür, und man braucht sich gar nicht den Kopf darüber zu zerbrechen, ob es nur der erste Schritt sein sollte auf dem Rückweg zum alten absolutistischen Regime. Dieser Schlag war ebenso gegen das jungtürkische Komitee gerichtet wie die Gerüchte von einer jungtürkischen Verschwörung zu dem Ende, den Sultan abzusetzen und einen genehmeren Vetter an seine Stelle zu bringen, wahrscheinlich vom Großwesir ausgesprengte Lügen waren, um das Komitee zu diskreditieren. Mit Recht schäumte ob der Verfassungsverletzung, die in der willkürlichen Ausschaltung der beiden Minister steckte, die Entrüstung des Parlaments auf, man berief den Großwesir zur Verantwortung vor das parlamentarische Tribunal, Kiamil blieb halsstarrig, und so gingen die Ereignisse ihren Gang, der bekannt ist: erst beschloß das Parlament, sich in Permanenz zu erklären, bis der Pascha zur Rechtfertigung erschienen sei, und als er seine Bereitwilligkeit zur Demission erklärte, drückte es das Siegel auf die Demission, indem es gegen acht Stimmen ein Mißtrauensvotum gegen den gestürzten Minister annahm. Da der Sultan das Abschiedsgesuch sofort — er wußte, weshalb? — genehmigte und Kiamil nicht einmal bis zum Amtsantritt seines Nachfolgers auf seinem Posten ließ, blieb die Türkei ein paar Stunden — wie schrecklich! — ohne Ministerium, dann wählte sich der Sultan aus der Vorschlagsliste, die ihm das Parlament überreicht hatte, einen neuen Großwesir, Hilmi Pascha.

In dem jüngsten konstitutionellen Staate der Welt sehen wir also das parlamentarische Regierungssystem am nachdrücklichsten durchgeführt: das Parlament halftert einen Kanzler ab, der sich gegen die Verfassung vergangen, und läßt durch den Sultan einen neuen Kanzler ernennen, der ihm, dem Parlament, geeignet scheint. Das könnte zu bitteren Vergleichen herausfordern zwischen dem Osmanenreich und Deutschland, wo ein Reichskanzler allewell vergnügt und munter im Amte bleiben kann, mag er auch das ganze Parlament, ja! das ganze Volk gegen sich haben, wenn er nur den einen Mann an unverantwortlicher Stelle für sich hat. Aber es geht nicht wohl an, diesen Vergleich zu Tode zu hetzen, denn was sich in Konstantinopel abgespielt hat, ist doch weniger der Sieg des Parlaments oder des parlamentarischen Systems durch sich selbst, sondern der Sieg einer revolutionären Behörde, eben des jungtürkischen Geheimkomitees.

Man muß bei der Beurteilung solcher Situationen immer darauf zurückkommen, daß beim Parlament selbst immer nur eine mehr oder minder ideologische Macht liegt, und daß, wie Friedrich Engels ausführt, aller entscheidenden Faktoren der Politik zwei sind: die organisierte Staatsmacht, die Armee, und die unorganisierte Macht der Volksmassen — ein Drittes gibt es nicht! In der Türkei hat nun das jungtürkische Komitee nicht nur die Volksmassen hinter sich, sondern in weit höherem Grade die Armee, die durch das jungtürkische Offizierkorps ganz zu seiner Verfügung steht. Und diese Armee hat bei dem Sieg des jungtürkischen Komitees die entscheidende Rolle gespielt! Zum Schutz seiner selbst und zum Schutz der Verfassung hatte das jungtürkische Komitee schon im vorigen Herbst einige anatolische Schützenbataillone nach Konstantinopel beordert, die sich jetzt als unbedingt zuverlässig erwiesen haben.

Aber auch diesmal ereignete sich das Ungewöhnliche: Die konstitutionelle Richtung errang ohne Blutvergießen einen glatten Sieg, der durch die Erklärungen des neuen Ministerpräsidenten und das Vertrauensvotum der Kammer seine Besiegelung erfuhr.

Die Steuer-Quengelei.

Die geheime Subkommission, in der sich das Schicksal der Reichsfinanzreform entscheidet, hat wegen unüberwindlicher Schwierigkeiten ihre Arbeiten vorläufig einstellen und sich bis Freitag vertagen müssen. Inzwischen finden Fraktionssitzungen der einzelnen Blockparteien statt, in denen über den Stand der Sache berichtet und den Führern, soweit die Linke in Betracht kommt, die Vollmacht zu den nötigen Umfällen erteilt werden soll. Nach der „Nationalliberalen Korrespondenz“ soll es „ausgeschlossen“ sein, daß die liberalen Parteien sich mit den sogenannten „veredelten“ Matrikularbeiträgen begnügen werden, sie verlangen eine Reichssteuer auf den Besitz, um die Bewilligung der vielen Hundertmillionen volksbelastender Steuern vor ihren Wählern beschönigen zu können. Die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt aber, man solle sich keine weitere Mühe geben, sondern sich darein finden, daß der Vorschlag, die großen Erbschaften der direkten Linie zu besteuern, schon gefallen ist. Somit bliebe allenfalls eine Reichsvermögenssteuer, gegen die erklären sich aber nicht nur die Konservativen, sondern auch die Regierungen der größeren Bundesstaaten, vor allem die preußische. Nach dem offiziösen „Tag“ nimmt man in „unterrichteten Kreisen“ an, daß man sich schließlich auf eine erweiterte Erbanfallsteuer als Ersatz für die Nachlaßsteuer einigen wird. Dieser Rede Sinn ist sehr dunkel, da die Junker jede Form der Besteuerung der Ehegatten und der direkten Linie strikt ablehnen, ist nicht recht einzusehen, worin die Erweiterung bestehen soll. Möglicherweise besteht die Absicht, die Sätze der bestehenden, den direkten Erbanfall freilassenden Steuer um etwas zu erhöhen, aber auf diese Weise lassen sich keine hundert Millionen herauswirtschaften. Ertragreich ist nur die Besteuerung der direkten Linie.

Bleibt also die Frage, was mit der geplanten Mitheranziehung des Besitzes werden soll, noch gänzlich unklar, so ist nicht minder ungewiß, wie sich die übrigen Steuern gestalten werden. Ob das Spiritusmonopol doch kommt oder ob eine andere Form der Branntweinbesteuerung gewählt wird, wie für die Tabak-Banderole in einer anders gearteten Tabaksteuer Ersatz gefunden wird, welche Steuern man an die Stelle der abgelehnten Licht-, Gas-, Kraft- und Inseratensteuer einführen will, das alles liegt noch so ganz im Dunkel. Daß die Herren, wie die „Germania“ berichtete, sich mit der Absicht tragen, den Kaffeezoll zu erhöhen, die Fahrkartensteuer beizubehalten und den Beschluß auf Erniedrigung der Zuckersteuer rückgängig zu machen, ist ihnen durchaus zuzutrauen. Dagegen mutet allerdings die Nachricht von der beabsichtigten Einführung einer Kohlen-Verbrauchssteuer doch schon mehr wie ein Stück aus dem Narrenhaus an. Aber — kann mans wissen?

Vor allem muß Einspruch erhoben werden gegen die heimliche, um nicht zu sagen heimtückische, Art, wie bei uns neuerdings wieder die wichtigsten, die Interessen des Volkes aufs Tiefste berührenden Gesetze gemacht werden. Die geheime Vorarbeit ist Sache des Reichsamts, tritt aber erst eine Vorlage aus dem Dunkel der amtlichen Werkstatt heraus, so muß sie fortab im vollen Licht der parlamentarischen Oeffentlichkeit stehen. Es entspricht weder dem Geiste der Verfassung noch der Geschäftsordnung, daß in geheimen Subkommissionen gänzlich neue Gesetze ausgearbeitet und dann — unter Umgehung der ersten Lesung, ohne daß auch die Oeffentlichkeit Zeit gefunden hat, zu ihnen Stellung zu nehmen — den geheimen Verabredungen entsprechend, unter Niederstimmung aller Abänderungsvorschläge, in zweiter und dritter Lesung durchgepeitscht werden. Eine solche Steuergesetzgebung sozusagen aus dem Busch heraus darf sich das Volk auf das Allerentschiedenste verbitten.

Der letzte Komödiant.

Roman in drei Teilen von Karl von Holtei.

119

„Die übernehm' ich. Wir sind im reinen. Auf allgemeines Verlangen: „Zum zweitenmal, Othello“. Herr Tod, als neuengagiertes Mitglied. Und die dritte Rolle? Wir müssen uns vorbereiten. Wenn ein Mann wie Sie neben uns steht, darf mir niemand in der Probe aus der Rolle buchstabieren. Das geht an, wenn wir unter uns sind. Ich bin kein großes Licht, doch so viel Griebs hab' ich im Schädel, daß ich weiß, was ich Ihnen an Achtung schuldig bin.“

Diese letzte Aeußerung, wie sie, ganz unabsichtlich hingeworfen, dem ehrlichen Safthütl aus der Seele drang, erschütterte unsern Freund gewaltig. „Was Sie mir jetzt sagten“, rief er aus, „hat mir noch kein Schauspieldirektor gesagt, in meinen besten Tagen nicht. Nicht weil Sie es an mich richteten, ergreift und rührt es mich, sondern weil es zeigt, wie Sie die Kunst schätzen; wie Sie in Ihren geringen Verhältnissen, in dieser dürftigen Existenz mehr Herz dafür haben, als gar viele Ihrer beglückteren hochfahrenden Kollegen. Sie verdienten wahrlich, daß etwas für Sie geschieht. Und vielleicht kann ich dazu beitragen.“

„Das hoff' ich auch; darum ist mir's bei Ihrem Engagement zu tun.“

„So war es nicht gemeint; wenigstens dachte ich dabei nicht stehen zu bleiben. Sollten Sie nicht Neigung und Geschick in sich fühlen, Ihr Geschäft weiter auszudehnen, sich um größere Städte zu bewerben?“

„Dazu fehlen mir weder Neigung noch Geschick; auch die Mittel würd' ich auftreiben. Doch wer verschafft mir die Konzession? Ohne besondere Begünstigung ist das nicht zu erreichen, und wenn auch manchmal einer von den Bevorzugten mit Tode abgeht oder Bankerott macht ..... Unseresgleichen rückt nicht vor, denn man hat nicht die gehörigen Bekanntschaften.“

„Wie denn also, wenn ich die Düsseldorfer Herren und deren gütiges Entgegenkommen benützte, um auf diesem Wege für Sie zu wirken? Wenn ich zur Geltung brächte, daß ich mit Ihnen vereint ...“

„Mann, das ist ein großer Gedanke! Sie können garnicht wissen, wie vortrefflich er ist. Dieser Akademiedirektor steht in größten Gnaden beim Prinzen Friedrich ...“

„Und Immermann steht in Gnaden bei mir, denn ich kenne seine Werke und liebe ihn als Dichter. Das öffnet Tor und Tür! Uebermorgen Othello und über-übermorgen noch Düsseldorf! — vorausgesetzt, daß Sie mich einigermaßen anständig kleiden wollen. Denn als venetianischer General darf ich mich dort nicht vorstellen, und mit meiner eigenen Garderobe ist's bestellt ... wie Sie sehen!“

Safthütl bot seine besten Gewänder dar, die leidlich paßten; die zweite Vorstellung des Othello tat ihre Schuldigkeit, und den Tag nachher saß Wulf im Postwagen, welcher ihn auf Kosten der Direktion, wie sich versteht, nach Düsseldorf beförderte. Die Reise verging ihm nicht allzu angenehm, denn im vollgepfropften Wagen befanden sich ihm gegenüber zwei Damen, die förmlichen Abscheu gegen seinen Anblick offenbarten und sich fast die Hälse ausrenkten, um rechts und links aus den Fenstern ins Freie, nur nicht auf ihn zu schauen. Vor acht Tagen noch wär' ihm das höchst gleichgiltig gewesen, hätte ihn wohl gar aufgemuntert zu mancherlei spaßhaften Gesprächen. Jetzt aber kränkte es ihn tief, und er langte recht niedergeschlagen in der heiteren Rheinstadt an.

Gleich der erste Gang war ein Fehlgang. „Der Herr Landesgerichtsdirektor sind in Gesellschaft“, hieß es bei Immermann. Wer weiß nicht aus Erfahrung, wie das niederschlägt! Erst ein übles Omen auf der Reise, dann eine erste Täuschung bei der Ankunft. Sind wir nicht alle so kindisch? Wähnt nicht ein jeder in Wulfs Lage, er müsse schon erwartet werden, wo er von Erwartungen und Hoffnungen angetrieben einsprechen will? Wie wenn Welt und Menschen um seinetwillen da wären! Ach, das ist der Egoismus des Unglücks, den keine noch so trostlose Erfahrung gänzlich niederschlägt; der sich immer aufs neue zeigt, sobald die dumme Hoffnung nur einen Finger bewegt.

Lebhaft, rasch, mitteilungslustig war Wulf zu Immermann gegangen. Langsam, niedergeschlagen, schüchtern begab er sich nun zu Schadow.

Hier machte sein Erscheinen im Vorzimmer einiges Aufsehen und setzte die Dienstboten in Verlegenheit. Man fragte ihn ob er „eingeladen sei“. Er antwortete: „Der Herr Direktor erwartet mich.“ Das klang dem Diener nicht bestimmt genug, und er bat sich den Namen des Anzumeldenden aus. „Schauspieler Tod“ klang ihm doch bekannt; wahrscheinlich hatte er von dessen Othello den Herrn erzählen hören. Er nahm ihn samt einem Teebrett voll Kuchenwerk mit hinein. Wulf hörte, wie gleich nachher ein allgemeines Geräusch im Gesellschaftszimmer sich erhob, und die Tür wurde ihm weit geöffnet. Der Herr des Hauses und Immermann kamen ihm freudig entgegen, doch bevor sie ihn noch willkommen geheißen, fuhren sie erschrocken vor ihm zurück. Was sie für eine das kriegerische Mohrenamitz schmückende Erfindung des denkenden Künstlers genommen, zeigte sich als entstellende Wahrheit; als ein grausamer Strich und Riß durch jegliche mimische Anmut. Die anwesenden Damen wollten gar nicht glauben, daß dieses der Mann sein könnte, von dessen unwiderstehlicher dramatischer Gewalt ihnen so viel gesagt worden, den zu sehen man sie ungeduldig gemacht. Sie gaben ihr zweifelndes Befremden deutlich zu erkennen. Der berühmte Maler und Meister fand sich zu grausam verletzt in seinem Sinne für Schönheit, den er von der Staffelei auf die Bühne zu überragen gewöhnt war. Er brachte keine passende Anrede auf. Immermann wollte für ihn eintreten, doch eh' er noch das ängstliche Schweigen brach, hatte Wulf es getan! Es geschieht mir ganz recht! murmelte er, schlug sich mit der Faust vor die Stirn, verbeugte sich ringsum und entfernte sich eiligst. Als sie oben einigermaßen von ihrer zweifachen Ueberraschung sich erholt hatten und ihn zurückrufen wollten, war es zu spät.

Dieser Abend, diese Nacht, das gesteht unser unglücklicher Freund in seinen Selbstbekenntnissen willig ein, sind die unglücklichsten, die qualvollsten seines Daseins gewesen. Nur dadurch tröstete er sich endlich, daß er als wohlverdiente Strafe hinnahm und anerkannte, was über ihn verhängt worden: Ja, es geschieht mir ganz recht! Ich verdiene kein Mitleid, keine Nachsicht. Wer mit offenen Augen in die Grube rennt, soll die Beine brechen. Wer sich so richtig beurteilte wie ich, so fest überzeugt war, daß er keinen Anspruch mehr habe, sich zur Schau zu stellen, wer so lange dieser Ueberzeugung getreu handelte und sich endlich dennoch von Eitelkeit, Theaternarrheit, Uebermut verführen ließ, mit beinahe fünfzig Jahren wie ein dummer Junge zu handeln, für den gibt es keine Entschuldigung, der muß derb gezüchtigt werden!

Zu dieser Anschauung seines Zustandes erniedrigt, fühlte er sich auch wieder gekräftigt und erhoben. Der ewig wahre göttliche Ausspruch, „wer sich selbst erniedrigt, der soll erhöht werden“, gilt für alle Zeiten und für alle Menschen. Wer ohne Trotz und Groll hinnimmt, was eigenes Verschulden ihm zuzog, und beizeiten eingesteht, worin er fehlte, ohne Beschönigung, mit strenger Aufrichtigkeit, der stumpft des Schmerzes Stachel ab, bevor noch unheilbare Wunden entstanden. Und auf die heilbaren läßt des Himmels Huld irgend einen Balsam träufeln, der lindert und erquickt. Nicht selten bedient sie sich dazu derselben Menschen, welche vorher verwunden halfen. So widerfuhr's unserem Wulf.

Immermann machte sich Vorwürfe wegen seines schroffen Benehmens vom vorigen Abend. Er war ja viel zu sehr Dichter, um nicht nachzuempfinden, was der gleichsam Ausgestoßene diese Nacht hindurch empfunden haben müsse. Und mag der Kerl, sagte er, noch so furchtbar zusammengehauen, noch so erbärmlich zusammengestickt sein, den Othello hat er darum doch außerordentlich gespielt, und hierher bestellt haben wir ihn einmal, und jetzt feig zurückschaudern vor ihm darf ich nicht; und endlich wär's ja wohl gar möglich ...

(Fortsetzung folgt.)

Politische Uebersicht.

Wilhelm II. — Der Retter Frankreichs. Der Pariser „Matin" veröffentlicht den Wortlaut der Depesche, die Wilhelm anläßlich des Abschlusses des deutsch-französischen Marokko-Abkommens an den deutsch-französischen Botschafter Fürsten Radolin nach Paris gesandt hat. Die Depesche lautet:

„Empfangen Sie meine Glückwünsche und meinen warmen Dank dafür, daß Sie zum Abschlusse des Vertrages mit Ihrer Arbeit beigetragen haben. Dieser Vertragsabschluß hat den an sich schon so gelungenen Besuch des englischen Königspaares noch herzlicher gestaltet. Seine Majestät hat mich dazu lebhaft beglückwünscht. Ich habe Cambon das Großkreuz des Roten Adlers gegeben.

Wilhelm I. R."

So wenig von unserem Standpunkte aus gegen Inhalt und Ton des Telegramms einzuwenden ist — die Alldeutschen dürften sich darüber schon eher beklagen —, so ist es doch einigermaßen auffällig, daß ein Telegramm des deutschen Kaisers an den deutschen Botschafter in Paris von diesem in einem französischen Blatte publiziert wird. Das Dokument entbehrt der Gegenzeichnung durch den Reichskanzler.

Der „Matin", der vom Botschafter Fürst Radolin in die Intimitäten seines Verkehrs mit dem deutschen Reichsoberhaupt eingeweiht wird, weiß noch Intimeres über die Vorgänge der letzten Jahre zu berichten. Er erzählt:

„Seit Beginn der Marokkokrise hat es mancherlei Mißverständnisse gegeben. Weder Frankreich noch der Kaiser haben sie gewollt. Der Uebereifer von Subalternbeamten, maßloser Ehrgeiz, vielleicht manchmal wohl auch bloße administrative Schikanen haben die beiden Nationen gelegentlich zu so gespannten Situationen geführt, daß man einen Konflikt befürchten konnte. Jedesmal hat der Kaiser in den Kampf das Gewicht seiner Autorität geworfen, um alle Schwierigkeiten zu beseitigen. Wenn er nach Tanger gegangen ist, so erinnert man sich seines Zögerns bis zum Augenblicke der Landung hinsichtlich einer Tat, deren Ernst er voraussahnte, und die von gewissen Ratgebern als offensiv hingestellt wurde. Im Augenblicke der Deserteur-Angelegenheit von Casablanca befahl der Kaiser seinen Ministern, sie ohne Zögern zu regeln, und nach der Lösung der Schwierigkeit, sagte er zu einem seiner Intimen: „Ich habe Befehl gegeben, binnen achtundvierzig Stunden damit zu Ende zu kommen und alles ist geregelt worden." Im Jahre 1905 war die Aufgabe des Kaisers noch schwieriger. Die Stunde war noch ernster, und die deutsche Armee in ihrer Gesamtheit wünschte den Krieg. In der Umgebung des Kaisers gaben Diplomaten und Soldaten keine andere Lösung als möglich an. Auch die Lage war günstig für Deutschland. Wilhelm II. aber widerstand allen Ratschlägen und allen Lockungen. Diejenigen die ihn in jenen Tagen gesehen haben, wo er mit einem Federstrich den schrecklichen Kampf zweier Völker hervorrufen konnte wissen, daß er allein den Frieden gewollt und ihn allein erhalten hat, und begriffen, daß die deutsche Sache schlecht war, und da Marokko die Knochen eines einzigen preußischen Grenadiers nicht wert sei. Ein Jahr später sagte er zu einem seiner Vertrauten: „Ich hätte gern ein französisches Schiff bei der Kieler Woche gesehen. Was wollen Sie, es scheint, daß ich immer noch zu kompromittierend bin".

Das botschaftsoffiziöse Pariser Blatt versucht, Wilhelm II. auf ähnliche Weise in Frankreich populär zu machen, wie es durch das berühmte „Daily-Telegraph"-Interview in England versucht worden ist. War damals behauptet worden, das ganze deutsche Volk sei englandfeindlich und Wilhelm II. sei der einzige Freund der Briten im deutschen Lande, so wird jetzt die schädliche, durch und durch unwahre Fabel verbreitet, Deutschland habe im Jahre 1905 den Krieg mit Frankreich gewollt, und nur der Kaiser habe ihn verhindert. Da die Situation für Frankreich „ungünstig" war, ist es schließlich Wilhelm, der die Republik vor seinen eigenen mordbereiten Untertanen gerettet haben soll. Gegen derartige Versuche, den Kaiser auf Kosten des ganzen übrigen Deutschland herauszustreichen, kann nicht scharf genug protestiert werden. Der Artikel des „Matin" bedeutet eine schwere Anklage gegen den Verantwortlichen der deutschen Marokkopolitik, den Fürsten Bülow.

Die „Rücksicht auf den Mittelstand" ist das Schlagwort, mit dem die reaktionären Parteien unseres Landes immer noch erfolgreiche politische Fischzüge ins Lager der Kleinbürger veranstalten. Aber gerade bei der bevorstehenden Steuerpresserei fällt die Maske der Mittelstandsfreundlichkeit wieder einmal vom Gesicht: Tabaksteuer, Brausteuer, Weinsteuer (Weinbauern) sollen zum erheblichen Teile nicht nur auf Kosten der Arbeiter, sondern auch des Mittelstandes ins Werk gesetzt werden. Die Tabakfabrikanten mittleren Grades waren nun so naiv, ihre patriotischen Abgeordneten an die „Rücksicht auf den Mittelstand" zu erinnern, erhalten aber von konservativer Seite folgenden Bescheid:

„Wenn man die einmal als „Denkschrift", ein andermal als „Katechismus" erscheinenden Kundgebungen des Deutschen Tabakvereins liest und auf eine Nachprüfung der dort gebrachten Statistik verzichtet, könnte es fast so scheinen, als sei die Tabakindustrie in Wirklichkeit immer noch ein reines Mittelstandsgewerbe. Nur 362 Betriebe erscheinen da, die über je 50 Arbeiter beschäftigen. Wie ist diese dem Berufsgenossenschaftskataster entlehnte Statistik zustande gekommen? Nur dadurch, daß jeder Filialbetrieb als selbständiger Betrieb gezählt wurde. In Wirklichkeit gibt es aber Unternehmer, die 20, 30, 40 solcher Betriebe in einer Hand vereinigen, während tabellarisch die 30 ein und demselben Unternehmer gehörenden Betriebe 30 Mal als selbständige Betriebe teils kleinen, teils mittleren Umfanges in Erscheinung treten. In Norddeutschland existieren aber Unternehmungen, die bis zu 2000, 3000, 4000 Personen beschäftigen; allein Baden, obwohl es nur ein Fünftel der deutschen Tabakfabrikation umfaßt, hat 339 Unternehmungen, welche an rund 38.000 Arbeiter Lohn zahlen, d. h. es kommen auf das Unternehmen durchschnittlich je 112 Personen; und hiervon wieder sind es 27 Unternehmungen, die 17364 Personen beschäftigen; von diesen wieder allein 11 Unternehmungen des badischen Oberlandes, die 8436 Personen oder 767 Personen pro Einzelunternehmung beschäftigen. Das ist aber, im Lichte nachprüfender Statistik gesehen, längst nicht mehr das Bild eines Mittelstandsgewerbes.

Wir sind natürlich ebenfalls der Meinung, daß die Entwickelung zum Großbetriebe in der Tabakindustrie wie anderwärts mit Riesenschritten vor sich geht — worüber allerdings die Konservativen den braven Mittelstandsmann leicht hinwegzutäuschen suchen. Aber dadurch wird doch die Tatsache nicht aufgehoben, daß es vorläufig noch zahlreiche Mittelbetriebe in der Tabakindustrie gibt und daß diese Betriebe durch die geplante Belastung zuerst ruiniert werden. Ueber diese wirtschaftlichen Leichen schreiten die Rechtsparteien skrupellos hinweg — und nennen sich dann Mittelstandsfreunde!

In der dritten Lesung der Pfarrerbesoldungsvorlage im Abgeordnetenhause sprach als einziger Diskussionsredner Genosse Hoffmann. Das Unglaublichste scheint geschehen zu sein und das Dreiklassenhaus eine Empfindung gehabt zu haben, die ganz von fern eine leise Aehnlichkeit mit Schamgefühl hatte. Auf Janushauerliche oder sonstige in der bekannten Stallknechtweise erfolgenden Zurufe mit der Geistesgegenwart dienend, die ihm eigen ist, schilderte Adolf Hoffmann die Entartung, die aus der Kirche des Nazareners ein königlich preußisches Polizeiinstitut mit Spekulationsneigungen gemacht hat. Daß Herr Kröcher sich ebenso grundlos wie unberufen als Hüter Christi aufspielte, ist verständlich. Nichts ist komischer, als wenn die Rechts- und Geistesnachfolger der Pontius und Herodes sich als Verehrer des Mannes ausgeben, der nicht hatte, wohin er sein Haupt legte.

Die Fahrkartensteuer für die 4. Wagenklasse. Der Entwurf einer Abänderung der Fahrkartensteuer soll dem Reichstag bereits in der nächsten Zeit zugehen. Man hat daran festgehalten, daß die Fahrkartensteuer mindestens 20 Millionen Mark Extra bringen soll und will das Resultat durch Erhöhung der Fahrkartensteuer in der 3. und Neueinführung der Steuer für die 4. Wagenklasse erzielen. Gleichzeitig erfährt diese Steuer für die beiden oberen Klassen eine Ermäßigung.

Der Steuerschacher. Die „Kreuzztg." tritt den Meldungen entgegen, wonach das Zustandekommen der Reichsfinanzreform gesichert sei. Die Sozialdemokraten hätten in der Absicht, dem Freisinn Verlegenheiten zu bereiten, die Regierung beschuldigt, daß sie sich dem Willen der Junker unterworfen habe. Die Blockparteien werden ermahnt, sich dadurch nicht stören zu lassen und vor allen Dingen wird der Presse zugeredet, nicht fortgesetzt durch Nachrichten bald günstiger, bald ungünstiger Natur das Reformwerk zu stören.

Das amtliche Wahlresultat der Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Bingen-Alzey weist folgende Ziffern aus: Insgesamt wurden 22.093 Stimmen abgegeben. Davon erhielten Pfarrer Korell (Freis. Vp.) 8004, Stadtrechner Uebel (Zentr.) 6612, der prakt. Arzt Dr. Becker (natl.) 5910, Redakteur Adelung (Soz.) 1558 Stimmen; zersplittert waren 9 Stimmen. — Es findet am 26. Februar Stichwahl zwischen Korell und Uebel statt, unser Stimmenverlust beträgt in dem ländlichen Kreise etwas über 300 Stimmen.

Die Farmer gegen Dernburg. Der Bezirksverein Windhuk hat an den Reichstag eine telegraphische Beschwerde gerichtet, in der er behauptet, das Kolonialamt habe die Diamantenfelder — zugunsten der Kolonialgesellschaft — gesperrt und dadurch die Bevölkerung um Millionen geschädigt. Statt 80 Hektar wurden der Gesellschaft 80.000 Quadratkilometer überlassen. Die Farmer verlangen Bewilligung der Schürf-Freiheit.

Ein Gesetzentwurf über den Schutz von Kunstwerken ist dem Altenburger Landtage zugegangen. Der Gesetzentwurf verlangt, daß zur Veräußerung oder wesentlichen Veränderung von Sachen, die einen besonderen, wissenschaftlichen, historischen oder Kunstwert haben, besonders von Archiven, oder Teilen von solchen, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen ist.

Der Entwurf bezweckt — ähnlich wie in anderen Bundesstaaten — eine Förderung der auf den Heimatschutz gerichteten Bestrebungen.

Militärjustiz gegen einen Landwehrmann. Gelegentlich einer Landwehrübung am 5. Februar auf dem Exerzierplatz in Altenburg bei dem Regiment Nr 153 wurde der Landwehrmann Ronneburger aus Weißenfels, ein Familienvater von 5 Kindern, von dem Unteroffizier Wedner „Dussel" genannt. Ronneburger entgegnete, er sei kein Dussel, nannte den Unteroffizier „Rindvieh" und machte dabei noch eine weitere Bemerkung, die als Achtungsverletzung angesehen wurde. Der unglückliche Landwehrmann kam sofort in Haft und stand schon an diesem Mittwoch vor dem Kriegsgericht in Halle. Obwohl er von dem Unteroffizier erst durch das Wort „Dussel" gereizt worden war, beantragte der Ankläger gegen den Landwehrmann fünf Monate Gefängnis. Das Urteil lautete auf eine Woche strengen Arrest.

Der Kampf um die Mecklenburger Verfassung. Der Großherzog von Mecklenburg-Strelitz hat wieder einmal durch einige unverbindliche Reden das Drängen nach der Verfassung zu beschwichtigen versucht. Eine Deputation überbrachte ihm eine Petition mit 40.000 Unterschriften, in der dringend die Verfassungsreform verlangt wird. Der Großherzog sagte den Herren: „Es sei nach wie vor sein ernster Wille, die in Angriff genommene Verfassungsreform zur Durchführung zu bringen und dadurch weiteren Kreisen der Bevölkerung eine Teilnahme an dem politischen Leben des engeren Vaterlandes und an der Landesvertretung zu ermöglichen. Ueber die zur Erreichung dieses Zieles eventuell weiter zu ergreifenden Maßnahmen könne er allerdings keine Mitteilung machen".

Die Deputation soll den Petenten lediglich mitteilen, daß der Großherzog alle Mittel, die zur Erreichung der als notwendig erkannten Reform dienen könnten, „in ernste Erwägung" nehmen werde.

Ein sozialdemokratischer Antrag auf Ausschluß der Mitglieder der städtischen Kollegien von allen städtischen Submissions-Arbeiten und Submissionslieferungen beschäftigte am Montag Abend den Stuttgarter Bürgerausschuß. Der Antrag wurde von den sozialdemokratischen Mitgliedern Fischer und Sämann mit reichem Material begründet. Sie konnten die Notwendigkeit eines solchen Antrages mit Vorkommnissen aus der Stuttgarter Stadtverwaltung selbst belegen. Mit Rücksicht auf die Patente und Musterschutzarbeiten wurden dem Antrage die Worte „in der Regel" eingefügt, und der Antrag dann nahezu einstimmig angenommen. Der Antrag geht jetzt an den Gemeinderat.

Der rote Gemeindeschulze. In Rottleben bei Frankenhausen, wo der Gemeinderat in seiner Mehrheit aus Arbeitern besteht, wurde unser Genosse Bischof als Schultheißen-Stellvertreter gewählt. Jetzt wurde ihm von zuständiger Stelle eröffnet, daß seine Bestätigung nicht erfolgen könne, da die Grundsätze der Sozialdemokratie mit denen des Staates sich nicht vereinbarten. Zwar werden unsere Genossen im Rottlebener Gemeinderat dem Ansuchen, einen bürgerlichen Vizeschulzen zu wählen, sich sicher nicht fügen und auch im zweiten Wahlgange den Genossen Bischof wählen, aber das wird nur ein Protest gegen die staatliche Bevormundung bleiben. Die Regierung wird, wie im Falle des Genossen Fröhlicher aus Könitz vor einigen Jahren — einfach auf dem Verwaltungswege einen genehmen Dorfschultheißen ernennen und sich dann beklagen, daß die Sozialdemokratie keine „positive Mitarbeit" leistet.

Der Aerztestreik in Köln. Die Stadtverwaltung in Köln erklärte, die städtischen Hospitäler würden im Aerztestreik strenge Neutralität wahren. Die Hospitalärzte wurden an die Pflicht strenger Unparteilichkeit erinnert.

Städtische Arbeitslosenbeschäftigung in Düsseldorf. Im November beschlossen die Düsseldorfer Stadtverordneten, ortsansässige verheiratete Arbeitslose und solche Ledigen, die Angehörige zu ernähren haben, mit Notstandsarbeiten zu beschäftigen. Nach dem in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung erstatteten Bericht des städtischen statistischen Amtes haben sich vom 9. November bis heut 2671 ortsansässige verheiratete Arbeitslose beziehungsweise solche mit Familienlast gemeldet. Davon erhielten 2617 einen Arbeitsschein, 2204 traten die Arbeit an und 1224 werden noch heute beschäftigt, davon 739 in städtischer Regie und 485 bei Privatunternehmern. Die heutige Sitzung bewilligte für weitere 150 Arbeitslose die Ausführung von Erdarbeiten und beschloß in Erwägung anderer Arbeiten Arbeitslose auch mit Steinschlagen zu beschäftigen.

Ausland.

Konstitution für Aegypten.

Der Ruf nach parlamentarischer Verfassungsform tönt nunmehr auch aus Aegypten. In einem Berichte aus Kairo wird ausgeführt, daß in den Verhandlungen während der jüngst geschlossenen Tagung der gesetzgebenden Versammlung, die alle zwei Jahre einberufen wird, ein bedeutender Fortschritt des national-ägyptischen Gedankens zutage trat. Schon äußerlich bot die diesmalige Tagung ein Bild erhöhter Bedeutung. An die Stelle des bisherigen altersschwachen Präsidenten hatte der Khedive seinen Verwandten, den durch seine Bemühungen für die Hebung der ägyptischen Landwirtschaft beliebten Prinzen Hussein Kamel ernannt. In den Debatten wurde der Regierung vielfach unverblümter Tadel ausgedrückt. Zum ersten Mal haben in der jetzigen Tagung alle Minister den Verhandlungen beigewohnt. Kaum hatten die Anträge der Regierung, die sich auf Einrichtung einer Kommunalverwaltung in Kairo, die Erhöhung der Haussteuer usw. erstreckten, die Genehmigung der Versammlung gefunden, als von allen Seiten die Einführung parlamentarischer Institutionen, die Mitarbeit des Volkes an der Regierung gefordert wurde. Der Ministerpräsident Butros Pascha Gali hatte diesen Forderungen gegenüber schweren Stand, da er nur die Erweiterung der Rechte der Provinzialräte in Aussicht stellen konnte.

Die Regierung hat die Tagung der gesetzgebenden Versammlung so schnell wie möglich geschlossen. Trotzdem ist sie von bleibender Bedeutung, da sie zeigt, daß die klägliche Vertretung des ägyptischen Volkes einhellig ist in dem Wunsche nach Abschaffung des bestehenden autoritären Regimes der Engländer und nach freierer Entwicklung des Landes.

Dieses Streben nach Respektierung des Volkswillens findet — da es sich um Aegypten handelt — diesmal sogar wohlwollende Erwähnung in der „Schlesischen Zeitung".

Das Alkoholgesetz in Finnland. Aus Helsingfors, 7. Februar, wird dem „Vorwärts" geschrieben: Der finnische Senat hat das Gutachten über das Gesetz, das die Branntweinbrennerei in Finnland verbietet, für den Zaren endlich abgefaßt und empfiehlt die Ablehnung des Gesetzes. Der Senat befürchtet, daß die Alkoholkapitalisten Schadenersatzansprüche erheben könnten. Die Volksvertretung war bei der Annahme des Verbotsgesetzes 1907 der Meinung, daß die Schadenersatzfrage das Verbotsgesetz grundsätzlich nicht tangiere. Falls solche Ansprüche erhoben würden, werde die Volksvertretung diese Angelegenheit grundsätzlich zu entscheiden haben.

Das ablehnende Gutachten des Senats hat die Bevölkerung heftig erregt. Die Entrüstung ist allgemein. Die bürgerlichen Abstinenzvereine und die sozialdemokratischen Arbeiterorganisationen erörtern die Angelegenheit mit großer Heftigkeit. Die bürgerlichen Abstinenten beginnen einzusehen, daß der Senat sein Versprechen, mit der größten Energie für das Verbotsgesetz zu wirken, schmählich gebrochen habe. Von einer Deputation zur Rede gestellt, wieso die Landesregierung gegen den Willen des Volkes handeln könne, während das Volk doch glaube, daß es parlamentarisch regiert werde, antwortete der Senatspräsident Herr Hjilt, Finnlands Senat sei keine parlamentarische Regierung, sondern eine vom Zaren eingesetzte Behörde, die nur dem Zaren verantwortlich sei. Daß dem so ist, war ja allen bekannt. Leo Mechelin, der Begründer der konstitutionalistischen Aera von 1905, hatte sich doch immer bemüht, das Land wenigstens äußerlich nach parlamentarischen Formen zu regieren. Als er im April 1908 in der Volksvertretung keine Mehrheit fand, trat er zurück. Auch der Senator Stählberg, der im Herbst 1907 mit seinem Antrage, das Verbotsgesetz abzulehnen, durchfiel, trat von seinem Posten zurück. Der Blocksenat will also ganz nach der Manier der Altfinnen vor 1905 den Volkswillen mißachten und der Handlanger und Werkzeug des absoluten Zaren sein.

Diese Erklärung hat im Lande nicht weniger böses Blut hervorgerufen als das ungünstige Gutachten über das Verbotsgesetz.

Nach den letzten Berichten hatte sich der russische Finanzminister geäußert, daß das Gesetz russischerseits bestätigt werden könne. Um so aufreizender wirkt nun die Gegnerschaft der eigenen Regierung. Die Freunde des Verbotsgesetzes werden zunächst eine energische Interpellation im Landtage einbringen, der am 16. d. M. zusammentreten wird.

* * *

Großfürst Wladimir Alexandrowitsch ist am Mittwoch Nachmittag in seinem Petersburger Palais gestorben. Der Tod trat plötzlich als Folge eines Asthmaleidens ein.

Der verstorbene Großfürst war ein Onkel des Zaren und ein Hort der Reaktion. Als Führer der sogenannten „Sternpartei" bei Hofe machte er seinen ganzen Einfluß geltend, um jeden Fortschritt zu hindern.

Arbeiterbewegung.

Ein ungetreuer Gewerkschaftsbeamter. Vor einiger Zeit war der Gewerkschaftsbeamte Otto Kablau in Memel nach Unterschlagung von Verbandsgeldern in Höhe von 160 Mk., dem Hafenarbeiter- und Seemannsverband gehörig und unter Zurücklassung von Privatschulden im Betrage von 600 Mk. flüchtig geworden. Er war aber verhaftet und ist jetzt in Memel abgeurteilt worden. Ihm wurde Unterschlagung, Betrug in mehreren Fällen sowie Urkundenfälschung zur Last gelegt. Seine Ehefrau wurde des Betruges in einem Falle und der Urkundenfälschung beschuldigt. Kablau gab vor Gericht zu, die Verbandskasse geschädigt zu haben. Kablau erhielt ein Jahr und zwei Monate Gefängnis. Seine Frau bekam zwei Monate und 5 Tage Gefängnis. — Die Eheleute haben ein sehr bewegtes Leben hinter sich, sodaß es erstaunlich ist, wie man den Mann mit dem wichtigen Amt eines Gewerkschaftsführers betrauen konnte. Dieser Fall mahnt zur Vorsicht bei der Auswahl von Beamten für die Arbeiterbewegung.

Ein sozialistenfeindlicher Zigarrenfabrikant. Ein arbeitsloser Zigarrensortierer erhielt das folgende Schreiben:

Erwitte (Westfalen), den 12. Februar 1909.

Herrn
Sortierer .....
in Höffen bei Bünde.

Auf unsere mündliche Unterhaltung bezugnehmend, wollen wir Ihnen die fragliche Sortiererstelle übertragen und stellen Ihnen anheim, an welchem Tage Sie vor Anfang März eintreten wollen.

Wir wissen nun nicht, welcher politischen Partei Sie angehören, kümmern uns auch darum nicht, müssen Ihnen aber von vornherein sagen, daß für die Sozialdemokratie hier kein Boden ist, und müssen Sie sich verpflichten, sozialdemokratische Ideen nicht unter unsere Arbeiter zu tragen.

Geben Sie uns nun möglichst sogleich Nachricht, wenn Sie einzutreten gedenken.

Achtungsvoll
Gebr. Krüse u. Co.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Februar.

Ein aufreizendes Kriegsgerichtsurteil,

wie es aufreizender noch keines bisher aus Breslau zu melden gab, obwohl wir doch auf diesem Gebiete geradezu das Stärkste gewöhnt sind, fällte soeben das Breslauer Kriegsgericht der 11. Division. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Tatbestand: Am Silvester sah der Unteroffizier Max Zwentaleck, wie der Soldat Th. Behrens einen Brief las. Obwohl es den Vorgesetzten streng verboten ist, in den Briefen Untergebener herumzuschnüffeln, befahl der Unteroffizier dem B., ihm den Brief zu geben. Schüchtern meinte B., es sei doch verboten, fremde Briefe zu lesen. Daraufhin begann der Unteroffizier den Soldaten zu schikanieren: Er befahl ihm, sich die Schuhe auszuziehen und sich die Füße zu waschen! Natürlich mußte der arme Kerl gehorchen. Aber die Laune des Herrn Vorgesetzten trieb ihn noch weiter: Als B. mit gewaschenen Füßen kam, befahl ihm der Unteroffizier, sie sich noch einmal zu waschen. Das reizte natürlich den Aermsten und er ließ sich hinreißen, zu sagen: Nein, das täte er nicht, er wolle sich beim Major beschweren. Ob dieses Verbrechens gegen die „Subordination" verbot der Unteroffizier dem B., die Kaserne zu verlassen und befahl ihm (es war gerade Sonntag) einen Anzug zu reinigen.

Was geschah darauf? Wurde der Unteroffizier ob dieser Schikane bestraft? O ja! In deutschen Landen waltet Gerechtigkeit! Zu fünf Tagen Mittelarrest wurde der Vorgesetzte verurteilt. Aber der schikanierte Untergebene erhielt wegen — „Gehorsamsverweigerung, Achtungsverletzung und Drohung gegen einen Vorgesetzten" **10 Tage strengen Arrest** (bei Wasser und Brot, ohne Bett und ohne Licht). Dabei erklärte noch der Verhandlungsleiter wohlwollend: Es sei ja richtig, daß der Unteroffizier dem Soldaten wenig Wohlwollen entgegengebracht habe; ja, die Befehle habe er nur aus Schikane erteilt, um dem Untergebenen eins auszuwischen. Er hätte auch dem B. seinen freien Sonntag nicht nehmen dürfen, und noch weniger sei der Unteroffizier als „Unteroffizier vom Dienst" berechtigt gewesen, den Befehl zur Fußwaschung zu erteilen.

Aber — und das ist bei den Kriegsgerichtsurteilen typisch — der Soldat hätte gehorchen müssen, und er sei nur deshalb mit einer „so milden Strafe davongekommen", weil er **durch das schikanöse Verhalten des Vorgesetzten zum Ungehorsam gereizt worden sei.**

Sagen wir zu viel, wenn wir behaupten, daß durch solche Urteile alle Leidenschaften gegen diese Art von Rechtsprechung aufgestachelt werden?

Fürstliche Passionen.

Ein toller Verschwender ist der Fürst Sulkowski. Er hat ein Vermögen von 12 Millionen Kronen, ein Fideikommiß in Schlesien, Güter in Deutschland, Oesterreich und Ungarn. 1869 wurde er deutscher Staatsangehöriger, weil er dadurch die Verfügung über sein Vermögen wieder erhielt. Er heiratete dann eine Schauspielerin Lehmann, wurde aber schon 1879 geschieden. 1881 heiratete er die Schauspielerin Jäger, die jetzt noch seine Frau ist. Nebenbei hielt er sich aber noch eine Anzahl Maitressen, mit denen er sein Geld verpraßte. Er wurde deshalb 1898 auf Antrag der Fürstin entmündigt und in eine Wiener Anstalt gebracht. Mit Hilfe eines Fräulein von Verlegh entfloh er von dort. Die Dame wurde nun seine Geliebte und nach ihrem Tode baute er ihr auf seinem Gute Bielitz ein Mausoleum für 50.000 Mk. Er wurde nun noch verschiedene Male eingesperrt, 1889 wurde aber die Entmündigung aufgehoben und ihm ein Rechtsbeistand zur Seite gestellt. 1892 und schließlich 1899 ist er dann wieder entmündigt worden und er klagt jetzt vor dem Reichsgericht auf Aufhebung dieser Entmündigung.

Das Reichsgericht hat ihm aber, wie uns heute aus Leipzig geschrieben wird, die den Willen nicht, da er „jetzt noch ein zügelloses, verschwenderisches Leben führt". Bei seinen Geldgeschäften zeigte er große Leichtfertigkeit und Indolenz. Er hat immer eine Zahl von Maitressen um sich, mit denen er von Stadt zu Stadt zieht. Eine einzige Schäfernacht in Paris kostete ihn 36 000 Franken, und er soll gesagt haben, wenn er wieder mündig werde, wolle er seine Güter verkaufen und alles durchbringen, damit seine Frau nichts von ihm erben könne. Jetzt erhält er monatlich die Kleinigkeit von 5000 Mark zur Verfügung gestellt. Durch syphilitische Erkrankung ist er geistig entartet.

Und eine solche verkommene Sippe zählt sich zu den „Edelsten und Besten der Nation"!

---

* **Eine Matinee des Bildungs-Ausschusses,** die erste dieser Art, wird Sonntag, den **28. Februar,** Mittags 1/2 12 Uhr und zwar im neuen **Schauspielhause** stattfinden. Zur Aufführung gelangt auf mehrfachen Wunsch parteigenössischer Theaterfreunde **Goethes** unvergleichliches schönes Schauspiel: **„Iphigenie auf Tauris".** Dem vielfach ausgesprochenen Wunsche, auch einmal in dem neuen Musentempel an der Gartenstraße eine Arbeiter-Vorstellung zu ermöglichen, ist der Bildungs-Ausschuß nachgekommen. Er bittet nunmehr die Genossen und Genossinnen, sich recht rege an dem Vertrieb der Billets zu beteiligen. Da das Schauspielhaus Platz genug bietet, dürften diesmal alle Interessenten Billets erhalten, sodaß sich niemand zurückgesetzt fühlen braucht. Billets sind zum Preise von 70, 60, 40, 30 und 20 Pfennigen von Montag ab in der Expedition der Volkswacht zu haben.

Eine ausführliche Besprechung dieses interessanten Werkes, die jeder Besucher vor der Vorstellung lesen sollte, findet man in der Volkswacht, Nr. 35, vom 11. Februar.

Da die Vorstellung schon vor 2 Uhr zu Ende ist, wird der **Demonstrationsvortrag im Gewerkschaftshause,** der erst nach 6 Uhr beginnt, durch die Vorstellung nicht berührt.

* **Ueber Ernst Häckel,** den eifrigsten Verfechter der Lehre Darwins, hält cand. phil. Leo Gaßmann Sonntag Abend 6 Uhr im Volksheim des Humboldt-Vereins, Anderssenstraße 31, I, einen Vortrag.

* **Achtung, Schneider!** Nächsten Montag, den 22. Februar, findet im Lokal Henschel, Herrenstraße 19, eine Mitglieder-Versammlung der Filiale Breslau statt. In derselben wird die Urabstimmung über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung vorgenommen, weshalb zahlreicher und pünktlicher Besuch erwartet wird. Die Ortsverwaltung.

* **Die freie Jugendorganisation** hält am Sonnabend, den 20. d. M., Abends 8½ Uhr im Gewerkschaftshause eine Mitglieder-Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Kollegen Kubik, über „Die drei bedeutendsten Männer Amerikas".

* **Billiges Fleisch.** Am Mittwoch kam in den frühen Morgenstunden ein Viehtransportwagen von Ohlau nach Breslau zu gefahren. In Klein-Tschansch wurden die Führer des Wagens, ein Fleischer aus Baumgarten und sein Schwager, ein Schiffer, darauf aufmerksam gemacht, daß von der Ladung des Wagens eine Kuh verendet sei. Da die Männer nach mehreren Versuchen in nach Groß-Tschansch zurück, wo sich bald ein Käufer fand und zwar ein Wächter, der die Kuh für 8 Mk. erstand. Nun ging es an das Abziehen des verendeten Tieres und im Handumdrehen war das Fleisch unter den Armen und Aermsten des Dorfes verschwunden. Den nächsten Tag in den Morgenstunden versuchten zwei Gendarmen unter Assistenz eines Amtsvorstehers und zweier Nachtwächter das Fleisch wieder abzuholen, das natürlich längst verspeist war.

* **Museumsführung für die Jugendlichen.** Für Sonntag, den 7. März, Vormittags 11 Uhr, ist im Skulpturensaal des Museums für bildende Künste ein Rundgang mit Erläuterung zu den dort ausgestellten Bildhauerwerken geplant. Die Beteiligung ist mit keinen Kosten verbunden. Da bei den Führungen immer nur kleinere Gruppen in Frage kommen, ist es nötig, daß sich die Teilnehmer vorher mit Karten versehen, die jederzeit während der Geschäftsstunden in der Expedition der „Volkswacht" unentgeltlich in Empfang genommen werden können. Je nach der Beteiligungsziffer werden an diesem Sonntag zwei Führungen hintereinander stattfinden. In diesem Falle trifft sich die erste Gruppe Punkt 11 Uhr, die zweite Gruppe 11¾ Uhr vor dem Museum am Museumsplatz. Wer von den Teilnehmern zur ersten oder zweiten Gruppe gehört, ist aus der Karte ersichtlich.

Der Jugendausschuß
der Breslauer Arbeiterschaft.

† **Feuer.** Donnerstag Abend in der 8. Stunde erregte ein Feuerschein über Scheitnig die Aufmerksamkeit; man wähnte dort ein Hochfeuer. Es brannte indes nur ein Laubenschuppen des Zimmermanns Kuppe in den Schrebergärten am Roten Graben hinter dem St. Vincenzfriedhof. Der mit Heu und Stroh gefüllte Schuppen war wahrscheinlich böswillig in Brand gesetzt und entwickelte ungeheuren Rauch; die Flammen schlugen lichterloh empor. Die Löscharbeiten der herbeigeeilten Feuerwehr waren dadurch erschwert, daß es dort keine Wasserleitung gibt und das Wasser daher von fern herbeigeholt werden mußte. Da die eine Schneeablaufstelle in der Nähe ist, hat man Schnee zu Löschzwecken benutzen müssen. Die Wehr mußte den ganzen Schuppen auseinanderreißen und Gebälk, Heu und Stroh im einzelnen ablöschen, sie hatte also fast 1½ Stunden zu arbeiten. Ihre Arbeit wurde auch dadurch noch erschwert, daß das Wasser in den Schläuchen einfror.

* **Gefunden** wurden eine silberne Damenuhr mit langer vergoldeter Kette, ein Abgangszeugnis auf den Namen Paul Roder lautend, ein Portemonnaie mit 3.40 Mk., ein Ordensblech mit Kriegsdenkmünze 70/71, Erinnerungsmedaille und eine Landwehrdienstauszeichnung.

* **Brosche gefunden.** Am Mittwoch wurde im Gewerkschaftshause eine kleine Brosche gefunden. Abzuholen ist dieselbe in der Redaktion der „Volkswacht".

Aus Schlesien und Posen.

Liegnitz, 19. Februar. Jugendlicher Sünder. Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde auf Grund des § 176, Abs. 3 St.-G.-B. der 16 Jahre alte Fleischerlehrling O. G. aus Groß-Baudis wegen Verbrechens wider die Sittlichkeit in zwei Fällen zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt.

Liegnitz, 19. Februar. Zur Tarifbewegung im Schneidergewerbe. Nachdem bereits eine Anzahl Verhandlungen der beiderseitigen Kommissionen, unter Hinzuziehung der Organisationsvertreter, stattgefunden, und man bezüglich einer Reihe von Positionen schon zu einem Resultat gelangt war, stellten bei Eintritt in die Mittwoch-Verhandlungen die Arbeitgeber-Vertreter plötzlich das Diktum, daß für jedes einzelne Geschäft ein zweiklassiger Tarif — für bessere und für geringere Arbeit — geschaffen werden müßte, und daß sie nur auf dieser Grundlage weiterverhandeln. — Demgegenüber erklärten die Arbeitnehmer, daß sie auf keinen Fall einem zweiklassigen Tarif für jede Werkstatt ihre Zustimmung geben könnten. Ein solcher Tarif werde, trotz aller vorher gegebenen schönen Versprechungen bezüglich einer loyalen Handhabung, stets ein Streitobjekt bleiben. Arbeitgeberseitig wurden nun die Verhandlungen abgebrochen, mit der Erklärung, daß eine definitive Antwort über Sein oder Nichtsein bis 22. Februar erfolgt. Ob nunmehr die Meister den Weg des Kampfes einer friedlichen Verständigung vorziehen, ist abzuwarten. — Bemerkt sei nur noch, daß schon einige Firmen sich bereit erklärt haben, den Tarif anzuerkennen, so daß, wie es auch komme, die Gehilfenschaft den Erfolg an ihre Ferse fesseln kann. Das kann nur erreicht werden, wenn alle drei an der Lohnbewegung beteiligten Organisationen nach wie vor fest zusammenhalten.

Reichenbach u. E., 19. Februar. Solidaritätskundgebung für die in den Streik getriebenen Langenbielauer Textilarbeiter. Zu einer gewaltigen, seit Jahren hier nicht dagewesenen Protestkundgebung gegen die geplante Aussperrung der Arbeiter der Vereinigten Buntweberei Neugebauer u. Söhne und Postpischil in Langenbielau gestaltete sich eine von den hiesigen Textilarbeitern einberufene Versammlung. In derselben besprach Gauleiter Fritsch-Liegnitz die geplanten Lohnreduzierungen, die zwischen 34 Pfennig bis 1,65 Mark pro Stück betragen, und kritisierte in scharfen Worten das Vorgehen der Firma, die es fertig bringt, in der Zeit der äußersten Not den ohnehin schon schwer um die Existenz kämpfenden Textilarbeitern den Brotkorb durch Lohnabzüge noch höher zu hängen. Wenn die Textilarbeiter aber einig sind, dann zerschellen auch die Machtgelüste der Unternehmer und die Arbeiter müssen den Sieg davontragen. Eine entsprechende Resolution, in welcher den Streikenden die wärmste Sympathie und Solidarität ausgesprochen wird, fand einstimmige Annahme. Eine große Anzahl von Textilarbeitern meldete sich sofort zur Aufnahme.

Neueste Nachrichten.

Noch kein Weg.

Frankfurt a. M., 19. Februar. (H. T.-B.) Wie die „Frkf. Ztg." aus Berlin meldet, hat sich in den letzten Fraktionssitzungen zur Lösung der Reichsfinanzreform noch kein Weg ergeben und wird darüber noch Zeit vergehen.

Das englische Radbod.

London, 19. Februar. (H. T.-B.) Aus der Stanley-Zeche wurden 84 Grubenleute lebendig und 150 Leichen herausgebracht. Es spielen sich herzzerreißende Szenen bei der Rekognoszierung der an die Oberfläche gebrachten Leichen ab. Die Bergungsarbeiten dauern noch fort. Die Leichen sind furchtbar verbrannt.

Familien-Drama.

Haynau, 19. Februar. Donnerstag Abend wurden die Frau und die beiden Kinder des Sohnes des Brauereibesitzers Steckling in der Schlafstube tot aufgefunden. Die Mutter hat zuerst die Kinder und dann sich selbst getötet. Die Ursachen, welche die Frau zu ihrer Tat veranlaßt haben, sind unbekannt.

Dresden, 19. Februar. (H. T.-B.) Das sächsische Landgericht verurteilte den Direktor Helbing von der im Herbst 1906 in Dresden auf mysteriösen Wert für Grundbesitz und Gewerbe

Waetzold wurde zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht nahm als erwiesen an, daß die Bücher so unordentlich geführt waren, daß kein Ueberblick vorhanden war.

Berlin, 19. Februar. (H. T.-B.) Gestern Nachmittag wurde in der Jungfernheide die Leiche des 28 Jahre alten Hilfsgerichtsvollziehers Emil Brandenburg aus Duisburg und seiner Braut, der 28 Jahre alten Albertine Angerstein aus München-Gladbach, erschossen aufgefunden. Brandenburg hat im Einverständnis mit seiner Braut, diese und dann sich durch Revolverschüsse getötet. Verhältnisse, die sich ihrer Verheiratung entgegenstellten, haben das unglückliche Paar in den Tod getrieben.

Petersburg, 19. Februar. (H. T.-B.) In hiesigen offiziellen Kreisen wird in nächster Zeit ein österreichisches Ultimatum an Serbien erwartet, das die Abrüstung fordern wird. Andernfalls wird Oesterreich einen Strafzug gegen Serbien unternehmen. Rußland dürfte trotz des Geschreis der Panslawisten neutral bleiben.

Rom, 19. Februar. (H. T.-B.) Der berühmte Seismologe aus Japan, Omori, der im amtlichen Auftrage in Messina weilt, erklärte, daß die Erdbebengebiete Siziliens und Calabriens nichts mehr zu befürchten hätten. Die Erschütterungen würden zwar noch eine Weile fortdauern, doch würden sie unbedeutend sein und keinen Schaden verursachen.

Briefkasten.

Sprechstunden der Redaktion: Wochentags v. 12—1 Uhr Mittags. Schriftliche Auskunft wird nur ausnahmsweise erteilt.

K., Brieg. Wir verweisen Sie mit dieser Bekanntmachung auf den Inseratenteil.

G., Weißstein. 1. Sie müssen den Amtsvorsteher in seinen Dienststunden besuchen. 2. Ehesachen gehen den Amtsvorsteher nichts an.

Nr. 87. Erkundigen Sie sich beim österreichischen Konsulat, Körnerstr. 16, Amtsstunden von 10—1 und 3½—4½ Uhr.

75. 1. und 2. Sie müssen Klage anstrengen. Bestellen Sie sich einen Rechtsanwalt. 3. Der Nachbar kann Ihnen nichts anhaben. 4. Ehe es zur Verhandlung vor dem Schiedsgericht für Arbeiter-Versicherung kommt, vergehen immer einige Monate. Sie müssen sich also in Geduld fassen.

G. K. Der Hauswirt ist im Unrecht; er kann Sie nicht zwingen, das Blumenbrett abzunehmen.

K., Conradswaldau. Gerichtskosten verjähren in 4 Jahren.

F., Gräbschenerstraße. Bismarck-Stiftung. Adressieren Sie das Schreiben an die Generallandschafts-Direktion in Breslau.

F. M., Lipine. Eine Militärpension können Sie leider nicht bekommen. Beantragen Sie, daß Ihnen die Invalidenrente bewilligt wird.

Versammlungen und Vereine.

Gewerkschafts-Kartell.

Vorsitzender: Wilhelm Grunow, Berlinerplatz 4.
Kassierer: K. Peterhansel.

Gewerkschaftshaus.

Freitag, den 19. Februar:
Vortrags-Kursus. Großer Saal.

Sonnabend, den 20. Februar:
Metallarbeiter. Maskenball. Großer Saal.
Freie Jugendorganisation. Versammlung. Zimmer 3.

Sonntag, den 21. Februar:
Bildungsausschuß Goethe-Abend. Großer Saal.
Böttcher. Nachmittags 3 Uhr Versammlung. Zimmer 1.
Schiffszimmerer. Nachmittags 4 Uhr: Versammlung. Zimmer 2.
Schriftgießer. Vormittags 10 Uhr: Kursus und Versammlung. Zimmer 5.
Isolierer und Steinholzleger. Vormittags 10 Uhr: Wichtige Versammlung im Billard-Zimmer.

Montag, den 22. Februar:
Maurer. Abends 8 Uhr: Krankenkassen-Versammlung. Zimmer 2.

Dienstag, den 23. Februar (Fastnacht):
Großes humoristisches Bockbierfest. Großer Saal.

Mittwoch, den 24. Februar:
Arbeiter-Sängerbund. Abends 8 Uhr: Sechswöchentliche Probe im großen Saale.

Sozialdemokratischer Verein Breslau.

Achtung, Bezirks- und Distriktsführer!

Montag, den 22. Februar, Abends 8 Uhr, in den Distriktslokalen monatliche Abrechnung der Bezirksführer. Kontrollkarten und unverkaufte Beitragsmarken sind mitzubringen.

Distrikt 10 (Sandvorstadt). Sonnabend, den 20. Februar, Abends 8 Uhr, findet im Etablissement „Deutsche Krone" (früher Feldschlößchen) ein Unterhaltungsabend statt. Eingeladen sind hierzu alle Mitglieder, auch die der umliegenden Distrikte.

Distrikt 17 (Schweidnitzer Vorstadt). Sonntag, der 21. Februar, Vormittags 9½ Uhr: Zusammenkunft aller Bezirksführer, welche vom Januar bis April 08 tätig waren, im Distriktslokal. Regelung wichtiger Angelegenheiten im Distrikt. Die Bezirksführer werden ersucht, ihre Kontrollbücher mitzubringen.

Sozialdemokratischer Verein Breslau (Land)-Neumarkt.

Land-Distrikt 2.

Bezirke 1, 2 u. 3. Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 1 Uhr: Zahltag in Schmiedefeld bei Franke. Vortrag vom Genossen Schütz.

Land-Distrikt 3.

Bezirke 1, 2, 3 u. 4. Sonntag, den 21. Februar, Nachmittags 3 Uhr: Mitglieder-Zusammenkunft in Schmiedefeld bei Franke. Vortrag des Genossen Schütz.

Land-Distrikt 8.

Dienstag, den 23. Februar, Abends 8 Uhr: Vortrag des Genossen Müller bei Poser, Wilhelmshöhe.

Land-Distrikt 13.

Bezirk Gräbschen. Sonntag, den 21. Februar, Vormittags 10—12 Uhr: Zahltag bei Ruppricht.

Am 17. d. Mts. verschied nach langem, schwerem Leiden unser treues Mitglied, Mitarbeiterin und Kollegin

Fräulein Else Bruschke

im blühenden Alter von 17½ Jahren. 823

Ein ehrendes Andenken werden ihr bewahren

Die Mitglieder der „Freien Jugendorganisation", Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 2 Uhr, vom Trauerhause Leuthenstrasse 71, nach Cosel.

Pache's Kaffeehaus Klein-Masselwitz.

822 Sonnabend, den 20. Februar 1909: **Großer Maskenball**

veranstaltet vom „Radfahrer-Verein Masselwitz-Pilsnitz".

Es ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Schiller. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstraße 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatz G. m. b. H. — sämtlich in Breslau. Hierzu 1 Beilage.

Stadt-Theater.

Freitag, 7½ Uhr:
„Die lustigen Weiber von Windsor".
Sonnabend, 8½ Uhr:

Theater-Redoute.

9 Uhr: Promenaden-Konzert
9¼ Uhr: Konzert unt. Mitwirkung der Damen Nabl-v. Kriesten, Scherescheweky, Förster, Neisch und der Herren Trestorff, Wittekopf, Höpfl, Oster, Plank und Heinrichs.
11 Uhr: **„Ein Romankapitel".** Dramatischer Scherz von Rudolf Oesterreicher.
Hierauf:
„Amor im Panoptikum". Operette in 1 Akt. Musik von Jela Laszky.
11¼ Uhr: **Fanfaren-Marsch.**
12 Uhr: **Ball.**
(Zwei Kapellen).
Ball-Karte Mk. 10, reservierte Plätze im 1. Rang Mk. 6.
Für Zuschauer: II. Rang Mk. 5, III. Rang-Sitzplatz Mk. 3, III. Rang-Stehplatz Mk. 2, Sitzgalerie Mk. 1,50, Stehgalerie Mk. 1.
Sonntag nachmittags 3½ Uhr:
Der Barbier von Sevilla".
Abends 7 Uhr:
„Lohengrin".

Lobe-Theater.

Freitag, 7½ Uhr:
„Die Dollarprinzessin".
Sonnabend, 7½ Uhr:
Zum 1. Male:
„Die Liebe wacht".
Sonntag nachmittags 3½ Uhr:
„Die Geisha"
Abends 7½ Uhr. Zum 2. Male:
„Die Liebe wacht".

Thalia-Theater.

Volks-Vorstellung.
Sonntag.
Gastspiel H. 5. Vorstellung:
„Die Tür ins Freie".
Sonnabend 7½ Uhr:
„Die lustige Witwe".
Sonntag 7½ Uhr:
„Der fidele Bauer".
Billetverkauf Sonnabend von 10—2 Uhr und Sonntag von 11—2 Uhr im Thalia-Theater und im Stadt-Theater.

Schauspielhaus

Freitag, 8 Uhr:
„Die Förster-Christel".
Sonnabend nachmittags 3½ Uhr:
Volks-Vorstellung:
Kleine Preise!
„Der Postillon".
Abends 8 Uhr:
Premiere:
„Der König".
Sonntag nachmittags 3½ Uhr:
„Die Fledermaus".
Abends 8 Uhr:
„Der König".

Liebich's Etablissement.

Robert Steidl
und das brillante
Februar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Viktoria-Theater.

„Durga"
(Das fliegende Piano).
Dazu das brillante
Februar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.
Bons Wochentags gültig.

Zeltgarten.

Dir. H. Krelinski.
W. Haase
mit seinem berühmten
Burlesken-
Ensemble.
Außerdem neue Spezialitäten.

Palmengarten.

Dir. H. Krelinski.
Das weltberühmte
=Philharmonische= Blas-Orchester.
Dazu das
Oberbayrische Sextett.
Entree frei!

8 Pf. Reformbier 8 Pf.

Die dem Schneidermeister Herrn Alexander Stache zugefügten fortgesetzten Beleidigungen nehme ich hiermit öffentlich abbittend zu Kreuze.
G. Osoks 792
Polnerstraße 59, III.

Laden mit Wohnung für Schuhmacher oder Schneider geeignet, monatlich 21 Mk. Winzenzstraße Nr. 31. 785

Lehrmädchen 770
und Zuarbeiterin zur feinen Damenschneiderei können sich melden bei Frau Wigand, Neudorfstraße 70, 2. Etage.

Masken 700. 791
Elegant. J. Heyden, Kesselberg 29.

Masken reel. Bill. v. 1 Mk. an Scherner, Bahnauerstraße Nr. 15. 789

Fleisch billig!

Schmorfleisch ohne Knochen	80—90 Pf.
Kalbfleisch, Keule, Nier.	70—75 Pf.
Hammel- u. Schweinefleisch	70—75 Pf.
Suppenfleisch, Langschur	70—75 Pf.

Bauer, Bahnauerstraße 30. [787]

Unmöglich 788
heller, billiger und besser. Anzüge gute Stoffe, 10 Mark. Hoch Mk., elegant, heller Sto. 17 Mk. Kostüm-Röcke außergewöhnlich billig. Anzugfabr. Wallstr. 17, I.

Die Volksschule wie sie ist
von Otto Rühle
Preis 30 Pfg.
Zu beziehen durch die Expedition und Kolporteure.

Konfirmanden-Anzüge

10–25 Mk., nach Mass 20–45 Mk. Grosse Auswahl. Gute Verarbeitung

Eduard Proskauer Nchf.

Inh.: Dehmel & König. Schmiedebrücke 66, pt., I., II. u. III. Etg.

Massiv
goldene Trauringe,
Paar 12, 15, 24, 36, 40 Mk.
Alfred Herzog,
Juwelier 63
8, Ohlauerstraße 8.

Altwasser, Aug. Böhm's Speise-Restaurant.
Sonnabend, 20. Febr.: **Schweinschlachten.** Freitag abend: **Wellfleisch.**
Sonnabend früh: Wellwurst — Abends: Wurst-Abendbrot —
wozu freundlichst einladen 791 Aug. Böhm u. Frau.

Haus- u. Küchengeräte sowie **kompl. Einrichtungen, Werkzeuge f. Maurer, Zimmerer und Tischler**
kaufen Sie reell und billig bei 782
Paul Hauschild jr.,
Eisenwarenhandlung,
102. Friedrich-Wilhelmstrasse 102.

Zigarren

3 Stück 10 Pf. — Stück 5 u. 6 Pf.
in nur guter Qualität bis zu den allerfeinsten Marken.
Zigaretten nur renommierte = Fabrikate. =
Tabake billigst.
Otto Nelke
Gabitzstr. 7, Ecke Götzenstr.

Steige-Leitern

aller Systeme für Haus- und gewerbliche Zwecke, den gesetzlichen Anford. entsprechend
von **3,50** an
liefert die Spezialfabrik von
C. O. Kornmann,
Breslau, 160
Taschenstraße 28/29.
St. Groschengasse 22.

Junges fettes Fleisch
empfiehlt 568
Roßschlächterei
Gräbschenerstraße 31.

Die grosse Woche

meines diesjährigen

Inventur-Verkaufs

hat begonnen.

Riesige Auswahl
in 638

Gebrauchs- u. Geschenk-Artikeln.

Spottbillige Preise.

Meine grosse Ausstellung in den Schaufenstern beweist die anerkannte Leistungsfähigkeit.

Kaufhaus H. Sachs

1. Geschäft: **Gartenstrasse 95,** part. u. 1. Etg.
Ecke Teichstrasse.
2. Geschäft: **Adalbertstrasse 20**
Ecke Scheitnigerstrasse.

Zu billigsten Preisen
kauft man das eleganteste und haltbarste 49
Schuhwerk
sowie die denkbar größte Auswahl in Kinderschuhen, Filz-, Gummi- und Holzschuhen zu streng reellen Preisen nur bei
Robert Kretschmer, Schuhmachermstr.
Friedrich-Wilhelmstraße 52.

Konsumverein für Liegnitz und Umgegend

E. G. m. b. H.
Mittwoch, 24. Februar, abds. 8 Uhr, im Gewerkschaftshause Hirtelbiche
Ordentl. General-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht für Oktober-Dezember. — 2. Revisionsbericht. — 3. Beschlußfassung. — Anträge der Mitglieder sind rechtzeitig an den Aufsichtsrat einzureichen (§§ 32 und 42 des Statuts).
In dieser Versammlung haben nur Mitglieder Zutritt und muß als Ausweis die Legitimationskarte vorgezeigt werden.
Der Aufsichtsrat des Konsumvereins für Liegnitz und Umgegend.
P. Jänisch, Vorsitzender. 741

Uhren,
Ketten, Ringe.
Nur gutes Fabrikat. 242
Billigste Preise.
Max Frenzel, Uhrmacher,
Friedrich-Wilhelmstr. 39.

Erscheint 3mal wöchentlich

Bezugsquellen-Verzeichnis

der „Volkswacht" für das niederschlesische Industriegebiet.

Erscheint 3mal wöchentlich.

Central-Restaurat, Waldenburg.

Abzahlungsgeschäfte.

Grisner, C., Waldbg., Hochstr. 8, n. d. Bergsch.
Teutsch, F., Waldenburg, Sandstr. 1.

Bäckereien u. Konditoreien.

Biedermann, A., Waldenburg.
Böhm, Robert, Fellhammer.
Burisch, Rich., Salzbrunn.
Dohms, O., Fellhammer, Kais. Str.
Enderlein, Bruno, Freiburg i. Schl.
Franzel, A., Bahnh.-Restaur., Dittersb.
Hoffmann, Robert, Dittersbach 173.
Jung, Carl, Fellhammer.
Klingberg, Heinrich, Gottesberg.
Köhler, Gustav, Sandberg 64.
Pätzold, Paul, N.-Hermsdorf.
Reger, E., Ob.-Waldenbg., Charlottst. 16.
Schwerzer, A., Ob.-Waldenbg., Ringst. 1.
Zimecker, H., Altwasser I, 21/22, I. 1. 09 Prem.

Bier-Brauereien.

Aktien-Brauerei, Gottesberg.
Hauchler & Sohn, A., Waldenburg.
Mark, [illegible], Freiburg i. Schl.
Schlesische Bgr. A.-G., Ob.-Waldenburg.
Schreiber, J., Freiburg i. Schl.
Stadtbrauerei, Freiburg i. Schl.
Thiel's Brauerei (R. Richter), Striegau.

Cigarrenhandlungen.

Jackel, Joh., Freiburg i. Schl., Bahnhofstr.
Klischke, Gustav, Nen-Weinberg.
Tauber, Heinr., Dittersbach 18.

Damen-Konfektion.

Alke, G. A., Hirschberg, Wilhelmst.
Dinter, Lieber, Rich.

Drogen u. Farben.

Drogerie „Glück auf", N.-Hermsdorf.
Germania-Drogerie, Gottesberg.
„Glück auf"-Drogerie, Gottesberg.
Raschke, Ernst, Freiburg i. Schl.
Ringel, Arthur, Altwasser I, 21 c.

Eisen- u. Stahlwaren.

Schreck, Romanus, Gottesberg.
Thäßler, Hermann, Gottesberg.

Fahrräder u. Nähmaschinen.

Böse, Ferd., Freiburg i. Schl.
Hanisch, F., Bez.-Werkst., Gottesberg.
Kahl, Bernh., Freiburg i. Schl.
Rahlert, J., Gottesberg.

Fleischereien.

Pillner, Hermann, Altwasser II, 10.
Rabel, A., Fellhammer, 6. Bahnwärtr.
Schüller, Gustav, Fellhammer, F. Bahnhof.

Galanterie-, Leder- u. Spielwaren.

Kummer, C., Freiburg, F. Jahn-Straße.
Pätzers, Paul, Waldenburg, Schloßstr. 1, Ecke Fleischmarkt.
Schmiedel, Altwasser, vis-à-vis Apotheke.

Gemischt-Waren.

Brand & Roeder, Bellheim.
Trescher, Heinr., Dittersbach Nr. 4.
Hauke, W., Dittersbach, Herrengarderobe.
Schilbert, A., Bögshain, Hauptstr. 88.

Haus- u. Küchengeräte.

Kaforge, O., Gottesberg.
Leser, Mathilde, Gottesberg.
Lange, R., Fellhammer, Kreuzweg.
Teichmann, Carl, Gottesberg.

Herrengarderobe.

Andrich, Emanuel, Altwasser.
Behrendt, M., Hirschberg, Schildauerst. 12.
Bittner, F., Inh.: A. Göhlich, Striegau, Ring, Gel. Bilder- u. Bahnh.
Conrad, Franz, Gottesberg.
Deutsches Kaufhaus, Altwasser, Herr.-Art.
Gottwald, Hirschberg, a. d. Burgst. 10, F. Art.
Lachmann, Louis, Freiburg i. Schl.
Lipper, R., Jauer, Seitenbergstr. 35.

Konfektionshaus „Merkur"
Fellhammer Nr. 68.
Größtes Spezialgeschäft am Platze.

Meyer, Karl, Dirschberg, Langstr. 19
Damen-Konfektion.
Milke, G. A., Hirschberg.
Nausch, H., Waldenbg., Charlottst. 16, Herr.-Art. u. Kleid., Herrenart. u.
Pohl, A., Dittersbach 177, Reparaturwerkstätte.
Unisch, Adolf, Schuhwaren ein. Fabr., N.-Hermsdorf.
Semper Nachf., A., Inh.: C. Riedel, Schweidnitz 18, (Kreuz).
Silbermann, M., Gottesberg.
Sittenfeld, M., Jauer, Nieder-Ausstg.
Zaunrich, M., Hirschberg, a. Demmgrund.

Hüte, Mützen, Pelzwaren.

Bar, Arth., Waldenburg, Friedländerstraße 23, gute Bedienung.
Mielke, Edmund, Gottesberg.
Schinzel, Oskar, Freiburg.
Schwabach & [illegible], Freiburg i. Schl.
Schwabach, C., Schuhwaren u. Reparat.
Bar, Alb., Waldenburg, Friedl. Str. 27.

Kaufhäuser.

Barnett, M., Freiburg i. Schl.
Knappe, Altwasser, Dam., Herr., Kind.-Konf.
Pförtner, Reinh., Gottesberg.
Pinoff, Georg, Hirschberg i. Schl.
Reitz, Paul, Nieder-Hermsdorf 125 127.

Kleiderstoffe u. Seidenwaren.

Becker, Theodor, Freiburg i. Schl.
Haacke, Hermann, Freiburg i. Schl.

Kolonialwaren.

Beer, E., Dittersbach 145a, Dragon.
Bergmann, Ernst, Dittersbach, Destillat.
Bergmann, A., Altwasser I, 7, Email.-W.
Feige, Paul, Gottesberg.
Hänel, A. W., Dittersbach, Email.-, Metall.
Hanschild, Fellhammer, Haus- u. Küchenger.
Heinze, Fellhammer, Haus- u. Küchg.-Wäsch.
Kalms, Ad., Freiburg i. Schl., Zigarr. u. Zigaretten.
Krügel, R., Altwasser, Hum., Kognak, Liköre.
Kubat, Franz, Altwasser, rel. d. neuen Post.
Lauhardt, F., Fellhammer, Eis.- u. Porz.-W.
Martin, Fellhammer, Spirit., Filz-, Email.-W.
Mittner, Altwasser, Spirit., Email.-W. u.
Schiller, Fellhammer, Porz.-, Kr.- u. Porz.-W.
Schokoladenhaus Reichmann, Waldbg.
Scholz, Fellhammer, Spirit., Küchenger.
Stickert, H., Fellhammer, Porz., Spirit.
Tonbin, Gust., Fellhammer, Spirituosen.
Wachsmann, Paul, Gottesberg.
Walter, O., Bögshain, Drog., Spirit.-Fdl.
Weinhold, H., Altwasser, Haus- u. Küchenger.

Manufaktur- u. Modewaren.

Gottwald, Hirschberg, d. Burgst. 13, Reste b.
Hübner, T., Ob.-Altwasser, Gem. Ware-Best.
Nerger, (Rüdiger), Freiburg. 4% R.
Pförtner, R., Kaufh., Waldenbg., Markt 2.
Schröter, C., Fellhammer, auch Schuhw.
Sindermann, P. H., Altwasser, Fahrr., Nähm.
Waldenb. Warenh., A. Hoehn, Friedl. Str.

Möbel-Magazine.

Bartsch, F., Waldenburg, Gottesbergerst. 24.
Bittner, E. M., Altwasser, Möbel u. Särge, billigste Preise.
Hoffmeister, H., (H. Förster), Striegau
Kadur, F., Gottesberg.
Minde, Herm., Freiburg.
Mücke, Alfons, Gottesberg.
Nötzler, E., Weißstein, Hauptstr. 43.
Rutsch, Fellhammer, auch gebr. Kldg., Stiefel.
Springer, E., Altwasser, Tischlermeister

Musik-Instrumente.

Bartsch, F., Waldenbg., Gottesbergerst. 2, Freiburgerst. 21 u. Remede, Schubarst. 151.
Seifert's Musikwarenhaus, Hirschberg.

Papier- u. Schreibwaren.

Deutschel, Aug., Altwasser, Promenade.
Hötzel, G., Altwasser III, 12, Glas u. Porz.
Schiedeck, Max, Gottesberg.
Schöbert, Bruno, Freiburg.
Weiß, Gebr., Ob.-Waldenburg, Kirchstr. 27.

Photogr. Ateliers.

Aulauf, Aug., Gottesberg.
Ahol, B., Altwasser, Nieder-Salzbrunn.
Neugebauer, A., Gottesberg.
Stricker, Paul, Altwasser, Waldenburg.

Schuhwaren u. Schuhmacher.

Alicher, Gebr., Freiburg i. Schl.
Burger, Schuhfabrik Waldenbg., Ring 21.
Förster, Paul, Gottesberg.
Jäntner, A., Waldenburg, Friedl. Str. 7.
Kaddler, Herm., Altwasser I, 23a.
Lante, O., Altwasser, Mech. Beohl-Anst.
Meibaum, Oskar, Altwasser, ev. Kirche.
Busch, Ad., Waldenburg, Ring 12.
Renner, Herm., Altwasser III, 21 D.
Neusemann, R., Gottesberg, Landeshutr.
Schnapp, D., Jauer, Königstr. 23.
Schreiber, Emil, Freiburg i. Schl.
Simon, Karl, Gottesberg.
Tödtmann, Gust., Waldenburg, Markt 5.
Tischerisch, E., Fellhammer, Grenze.
Wendland, J. A., Hirschberg, Langst. 1.
Wollner, J., Charlottenst. 18, Karl. Wilhpl. 9.

Uhren u. Goldwaren.

Büttner, Fritz, Gottesberg.
Ertner, Alfred, Striegau, Ring 2, Musikw.
Fehst, Alfred, Gottesberg.
Güttler, O., Fellhammer, Musikw., Fahrr.
Hauke, G., Ob.-Waldbg., Chausseest. 29, Grpk.
Horuig, Fr., Altwasser, vis-à-vis Bahnhof.
Käkner, Herm., N.-Hermsdorf.
Kretscher, Rich., Waldenbg., Cochiusstr. 1.
Mende, H., Waldenburg, Mühlenstr. 21.
Nerger, H., Waldenburg, Charlottenbgstr.
Schmidt, E., Hirschberg, a. Burgst. 19, Opt.
Siegel, H., & Sohn, Freiburg i. Schl.
Strauch, Carl, Gottesberg.
Thyrolf, A., N.-Hermsdorf 141.
Zimecker, H., Gottesberg.

Putz, Wäsche u. Wollwaren.

Degwert, E., N.-Hermsdorf, Putz, Tapisserie.
Dinter, A., Schürzenfabrik, Waldenburg.
Heinz, E., (Inh. M. Sontag), Altwasser.
Hesse, Max, Waldenbg., Freiburgerst. 4, Trikotagen, Strümpfe rc.
Lewin, Martin, Waldbg., Gottbgst. 26, Bch., Trikotg., Kurzw.
Nier, Oskar, Sortimentsgesch., Hint.-Fellh.
Priebatsch, Jauer, Liegnitzerstr. a. Ring.
Sortimentsh. O. Finke, Jauer, Mode-Bel.
Zeiner, M., Altwasser, Damenputz, Herrenart.

Beilage zu Nr. 43 der „Volkswacht“.

Sonnabend, den 20. Februar 1909.

Deutscher Reichstag.

310. Sitzung. Donnerstag, den 18. Februar, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch von Bethmann-Hollweg.
Die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur

Aenderung des Bankgesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. **Kaempf** (freis. Vp.): Am Sinken unseres Kredits ist nicht die Reichsbank schuld, sondern unsere falsche Finanzpolitik. (Sehr richtig! b. d. Freis.) Die Reichsbank zu verstaatlichen, davon kann garnicht die Rede sein. Der vorliegende Entwurf ist eine geeignete Grundlage zur Verlängerung des Reichsbankprivilegs und zur Aufrechterhaltung und Verbesserung unserer Goldwährung.

Reichsbankpräsident **Havenstein** spricht sich, soviel man bei seiner leisen Aussprache verstehen kann, gegen Verstaatlichung der Reichsbank aus.

Abg. **Frank** (Soz.): Leider ist der Abg. Singer, der Mitglied der Bank-Enquetekommission war, im letzten Moment verhindert worden, zu sprechen und für ein Mitglied, das der Kommission nicht angehörte, ist es sehr erschwert, die Protokolle zu würdigen, da sie sich beständig auf Gutachten von Sachverständigen berufen, die uns geheim gehalten sind. Diese Geheimnistuerei ist sehr unangebracht, um Staatsgeheimnisse handelt es sich doch sicher nicht dabei. (Sehr richtig! b. d. Soz.)

Beachtenswert ist sicherlich der in der Kommission gemachte Vorschlag eines Aufsichtsamtes für Banken, da unsere Großbanken über das Niveau der Privatinstitute hinausgewachsen sind und eine große volkswirtschaftliche Tragweite erlangt haben. In Amerika hat sich die Bankaufsicht bewährt. Allerdings große Bankfrache hat es bei uns noch nicht gegeben, aber es ist gut, vorzubeugen. (Zustimmung b. d. Soz.)

Die Goldfrage wird in ihrer Bedeutung gemeinhin überschätzt. Entscheidend für die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Diskontsatz ist nicht die Goldpolitik, sondern die internationalen Verhältnisse sind das Entscheidende. Wenn unsere Bilanz eine ungünstige ist, so ist daran unsere verkehrte Finanzpolitik Schuld. (Beifall b. d. Soz.)

Redner wendet sich zur Vorlage. Die Anteilseigner der Reichsbank kommen auch nach der Vorlage immer noch zu gut weg. Es sind durchaus hohe und durchlauchtige Herren, und wir zweifeln nicht daran, daß bei den Grundsätzen der Sparsamkeit und der Opferwilligkeit wie sie der Herr Reichskanzler dieser Tage wieder so eindringlich tauben Ohren gepredigt hat, die Anteilseigner bereit sein werden, auf dem Altar des Vaterlandes Opfer darzubringen. In der Kommission hat einer der Herren, Kommerzienrat Fischer, erklärt, daß er Gewissensbisse empfunden hat, bei einem so sicheren Papier, wie die Anteile der Reichsbank es sind, 9 bis 10 Prozent einzustecken (Zuruf bei den Soz.: Dem Mann kann geholfen werden!) Wir sind bereit, dem Geist der Opferwilligkeit zu Hilfe zu kommen. Der Gewinn sollte auf die Höhe des gesetzlichen Zinsfußes beschränkt werden. Das würde dem Reiche 4 bis 5 Millionen jährlich einbringen. Allerdings nicht viel, aber ich halte es mit dem Grundsatze des Herrn v. Wangenheim: Kleinvieh gibt auch Mist. (Große Heiterkeit.)

Redner wendet sich gegen den Gedanken der Verstaatlichung. (Zwischenruf des Abg. Kreth: Wo bleibt die Vergesellschaftung?) Vergesellschaftung ist nicht, was Sie wollen. Wenn Sie die Reichsbank verstaatlichen, so bezwecken Sie nichts anderes damit, als sie zu einem Kreditinstitut für Junker und Bauern herabzudrücken. (Lebh. Zust. bei den Soz.) In der heutigen Debatte war erfreulich die elegante Form, in der der Reichsbankpräsident die Liebeserklärung des Herrn Arendt und Kreth zurückgewiesen hat. Den Grundsätzen der Kommissionsvorlage können wir zustimmen, und werden uns an der Kommissionsberatung beteiligen. (Bravo bei den Soz.)

Abg. **Raab** (Wirtsch. Vgg.): Die Furcht des Vorredners, die Reichsbank könne eine Kreditanstalt für Junker werden, ist unangebracht. Augenblicklich legt sie eher eine gewisse Sympathie für Junker neuer Art an den Tag, für die ja Herr Frank naturgemäß eine starke Zuneigung empfunden mag. (Beifall bei den Antis. Lachen bei den Soz. Rufe: Arendt. Heiterkeit.) Redner beklagt mit Dr. Arendt das Ende des Bimetallismus und will auf Einzelheiten im Bewußtsein mangelnder Fachkenntnis nicht eingehen.

Abg. **Mommsen** (Freis. Vgg.): Herr Frank scheint etwas aus den Verhandlungen der Bankerquetekommission gelernt zu haben. Von Herrn Raab kann man das leider nicht behaupten. (Große Heiterkeit und Zustimmung links.) Wir freuen uns, daß der jetzige Bankpräsident gleich seinem Vorgänger, der jetzt in den verdienten Ruhestand getreten ist (Abg. Dr. Arendt: sehr verdienten!), an der Goldwährung festhält. (Sehr richtig! links.) Sie auf der Rechten wollen die Reichsbank zu einem Kreditinstitut machen, wir wollen, daß sie ein Regulator unseres Geldmarktes sei. Kredit ist ja allerdings eine schöne Sache, für die, die kein Geld haben. (Große Heiterkeit.) Die Reden, die Herr Arendt hier seit 10 Jahren gegen die jetzige Organisation der Reichsbank hält, werden wir auch in Zukunft zu ertragen wissen. (Heiterkeit und seufzende Zustimmung auf verschiedenen Seiten.)

Nach weiteren Bemerkungen der Abgg. **von Dziembowski** (Pole), Freiherr **von Grimp** (Rpt.) und **Werner** (Antis.) schließt die Diskussion. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr **Frank** (Soz.): Der Abg. Raab sprach von meiner Zuneigung für die neuen Junker. Ich weiß nicht, was er darunter versteht. Wahrscheinlich hat er damit nicht den Freiherrn v. Gamp gemeint. (Stürmische Heiterkeit links.) Ich glaube vielmehr, er hat sagen wollen, ich als jüdischer Abgeordneter hätte eine Vorliebe für die jüdischen Herren der Hochfinanz. Der Antisemit traut sich ja heute in der Zeit des Blocks das Wort „Jude“ nicht mehr auszusprechen. (Stürmische Heiterkeit.)

Präsident Graf **Stolberg**: Das ist nicht mehr persönlich!

Abg. Dr. **Frank** (Soz.): Ich weise also den gegen mich erhobenen Vorwurf (Heiterkeit), ich hätte für die jüdischen Herren von der Hochfinanz Sympathie in dem Sinne, daß ich mich dadurch in meiner sachlichen Stellung beeinflussen lasse, mit Entrüstung zurück. (Bravo! links.) Ein solcher Vorwurf ist umso weniger angebracht von seiten eines Herrn, der den jüdischen Herrn Ballin angehocht hat. (Stürmische Heiterkeit und Sehr gut! links.)

Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Präsident Graf Stolberg teilt mit, daß der Sonnabend sitzungsfrei sein soll, um der Budgetkommission für ihre Beratungen Zeit zu geben.

Nächste Sitzung: Freitag 2 Uhr.

Antrag Albrecht betr. Regelung der Rechtsverhältnisse der ländlichen Arbeiter.

Schluß 6½ Uhr.

Preußisches Abgeordnetenhaus.

34. Sitzung. Donnerstag, den 18. Februar, Mittags 12 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Delbrück.
Die zweite Beratung des

Bergetats

wird fortgesetzt.

Abg. **Macco** (natl.) (auf der Tribüne fast unverständlich): Daß die Arbeitsleistung nicht mit der Höhe der Löhne zunimmt, kann ich bestätigen. In der sozialen Gesetzgebung muß Maß gehalten werden, sonst werden die Lasten für die Unternehmer zu groß.

Abg. Dr. **Schepp** (Freis. Vpt.): Maßregelungen der Bergleute aus politischen oder religiösen Gründen, wie sie gestern Herr Sauermann anführte, verurteilen wir entschieden. Leider geht man mit solchen Maßregelungen auch gegen geistige Arbeiter vor. Ich erinnere an das Vorgehen in Oberschlesien gegen Angehörige des Bundes der technisch-industriellen Beamten. (Hört hört! links.)

Auf der Giesche-Grube in Oberschlesien

wurde ein Steiger als Mitglied des Bundes der technisch-industriellen Beamten entlassen. Der Direktor Besser lehnte eine Vermittelung des Bundes ab. Den Vorwurf, daß er verhetzende und sozialdemokratische Tendenzen verfolge, hat der Bund entschieden zurückgewiesen. Ein Geheimrat Uthemann schrieb u. a.: „Der Bund hat die Unverschämtheit gehabt, sich in die Angelegenheiten unseres Werkes zu mischen und eine Protestversammlung der technischen Grubenbeamten gegen ihre Brotherren zu veranlassen.“ (Hört, hört! links.) Ein anderes Mal sagte der Geheimrat: „Ach was, Koalitionsrecht und persönliche Freiheit sind Phrasen.“ (Hört, hört! links.) Im Verlauf der Verhandlung sind dann noch 11 Herren wegen der Zugehörigkeit zum Bunde gemaßregelt worden. Man darf sich nicht wundern, wenn von der dadurch hervorgerufenen Erbitterung unter den technischen Beamten wieder die Sozialdemokratie bei ihrem bekannten Schweineglück den Vorteil hat. Ich hoffe, daß die Regierung für Sicherung des Koalitionsrechts der technisch-industriellen Beamten sorgen wird (Bravo! links.)

Abg **Leinert** (Soz.): In der Debatte über das Berggesetz sind vom Regierungsvertreter Mitteilungen gemacht worden über den Gesundheitszustand der Bergleute. Die Richtigkeit der von dem Herrn Handelsminister mitgeteilten Zahlen, die in dem Erlaß vom 5. Januar 1908 dargelegt worden sind, ist teilweise bestritten, teilweise auch sind die Zahlen anders erklärt worden. Es ist da gesagt worden, daß eine mildere Beurteilung der Aerzte bei Krankheitsfällen und Unfällen Platz gegriffen hat. Das Gegenteil aber wird bewiesen durch die unendlich vielen Prozesse, die seitens der Unfallverletzten gegen die Aerzte angestrengt werden müssen. Außerdem hat die Knappschaftsberufsgenossenschaft durch das System der Vertrauensärzte dafür gesorgt, daß durch Unfall verletzten Arbeitern nicht allzugroße Fürsorge geboten wird. Die Arbeiter haben in den Erzgruben ganz besonders unter der schlechten Luft zu leiden. Die Arbeiter wünschen daher 8 Stunden Arbeitszeit und eine Erhöhung des Gedinges, damit sie nicht in der schlechten Luft gezwungen sind, sich bis aufs Äußerste anzustrengen und ihre Gesundheit frühzeitig zu ruinieren. Die Lohnverhältnisse sind dort zurzeit die allerschlechtesten. Der Herr Handelsminister sollte sich darum kümmern, wie seine Verordnungen ausgeführt werden. Auch auf die politische Ueberzeugung der Bergleute wird ein kolossaler Druck ausgeübt. Das kam ja besonders zum Ausdruck in dem

Prozeß Hilger-Krämer.

Dort erklärte ein Bergmann: „Herr Präsident, wer gibt mir die Garantie, daß ich nicht abgelegt werde, wenn ich hier unter Eid die Wahrheit sage?“ (Hört, hört! bei den Soz.) Das Vorgehen gegen den Bund der technisch-industriellen Beamten will ich nach den Ausführungen des Herrn Vorredners nicht weiter kritisieren. Die Herren reden immer von dem Schweineglück der Sozialdemokratie; aber von den Ursachen, die dazu führen, sprechen sie nicht. Sie haben es doch in der Hand, wenn Sie vollkommene Freiheit nicht nur den Arbeitern, sondern auch den technisch-industriellen Beamten bieten, dann dieses Schweineglück zu beseitigen. Geben Sie nur den Beamten und den staatlichen Bergarbeitern die Koalitionsfreiheit! (Sehr gut! b. d. Soz.) Die gemaßregelten Beamten werden bei dem Zusammenhang zwischen Bergbehörden und den Leitungen der Privatbergwerke kaum in ganz Preußen wieder Anstellung finden. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Gegen die Arbeiter geht man nur noch rücksichtsloser vor als gegen die Beamten. Der Arbeiterausschuß der

Königin-Luise-Grube in Oberschlesien

hat sogar einmal Stellung nehmen müssen gegen die Bergbehörde. Eines seiner Mitglieder war gemaßregelt worden. Sämtliche Mitglieder des Arbeiterausschusses haben folgenden Beschluß unterschrieben: „Der unterzeichnete Arbeiterausschuß protestiert auf Veranlassung der gesamten Belegschaft gegen die Maßregelung des Arbeiterausschußmitgliedes Th. B. und gibt sein Erstaunen und seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß die fiskalische Verwaltung es unternommen hat, das Arbeiterausschußmitglied Th. B., der sich seit 4 Jahren in redlichster Weise bemüht, seine Verpflichtungen als Arbeiterausschußmitglied zu erfüllen und in dieser Zeit stets bestrebt gewesen ist, die Interessen der Belegschaft besonders in wirtschaftlicher Beziehung zu fördern und sich auch einwandsfrei geführt hat, auch nicht gegen bergpolizeiliche Vorschriften verstoßen noch in sittlicher und moralischer Hinsicht sich das geringste hat zu schulden kommen lassen. Der Arbeiterausschuß protestiert daher gegen die Maßregelung umsomehr, als dieselbe unberechtigter Weise erfolgt ist. In der Begründung wurde ausgeführt: „Reichskanzler Bülow habe im Parlament geäußert, daß kein Mensch gemaßregelt werden solle wegen seiner politischen Ueberzeugung.“ Selbst der Direktor der Grube mußte anerkennen, daß der Gemaßregelte die Arbeiterinteressen gut vertreten habe. Aber er sagt, er sei entlassen, weil er für den Verband agitiert habe. Ein solches Vorgehen ist mit den heutigen Kulturzuständen nicht zu vereinbaren. Den Bergarbeitern steht das Koalitionsrecht gesetzlich zu, und die Ausübung dieses Rechtes muß ihnen garantiert werden. Gegen die Ausübung der politischen Rechte wird der allerunverschämteste Terrorismus geübt. Fortgesetzt klagen die Bergleute, daß die bergpolizeilichen Verordnungen nicht korrekt durchgeführt werden. Schließlich möchte ich den Herrn Minister noch über eine Auslegung des Berggesetzes befragen. Der § 91d ist bestimmt, daß an Betriebspunkten, an denen die gewöhnliche Temperatur mehr als 28 Grad Celsius beträgt, Ueber- oder Nebenschichten nicht gestattet sind, und daß eine mindestens achtstündige Ruhezeit vor dem Beginn einer Schicht liegen muß. Es fragt sich, ob dieser Paragraph nur für Steinkohlenbergwerke gilt. Im Kommentar wird das behauptet. Es gibt aber auch Kalibergwerke, in denen so hohe Temperaturen herrschen und die Arbeiter sind der Ansicht, daß diese Bestimmung auch auf diese Bergwerke Bezug haben müßte.

Abg. **Lüders** (frkons.): Der Terrorismus, der von der Sozialdemokratie gerade im Wahlkreise Linden ausgeübt ist, ist geradezu ein Kinderspiel gegen den angeblichen Terrorismus gegen Bergleute. (Lachen b. d. Soz.) Ich erinnere an den Terrorismus gegen die Angestellten der Konsumvereine und an die Zustände in der „Vorwärts“-Druckerei. Im wohltuenden Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Leinert standen die gestrigen Ausführungen des Herrn Sauermann, die sachlich begründet waren.

Minister Dr. **Delbrück**: Herr Sauermann hat es begrüßt, daß keinerlei Klagen über politische Beeinflussung von Arbeitern in fiskalischen Gruben zu verzeichnen seien. Ich weise darauf noch hin, da Herr Leinert das Gegenteil behauptet hat. Ob und in welchem Umfange auf den Abkehrscheinen auf die politischen und religiösen Anschauungen der Arbeiter und ihrer Familien Bezug genommen wird, weiß ich nicht. Auf den fiskalischen Gruben geschieht es nicht,

Aus aller Welt.

Das Hochwasser in der Mark.

Die Hauptwelle der Hochflut hat gestern Nacht das Städtchen Seehausen erreicht. Innerhalb kurzer Zeit stieg das Wasser der ohnehin jetzt zu einem mächtigen Strom angeschwollenen Aland Nachts um **anderthalb Meter**. Glücklicherweise nahm die gefährliche Hauptströmung der Flut ihren vernichtenden Lauf etwa einen Kilometer östlich von Seehausen. Mehrere tiefer gelegene Straßen stehen unter Wasser. Auf dem Marktplatze hielten vor dem Seehauser Ratskeller während der ganzen Nacht Pioniere Wache. Sie hatten noch mehrere Pontons in Bereitschaft aufgestellt und waren mit Spaten, Brechstangen und Sprengmaterial versehen. Ihre Hilfe brauchte aber in der Nacht nicht in Anspruch genommen zu werden. Man glaubt, daß das Wasser in Seehausen den höchsten Stand erreicht hat. Die Flut steigt nicht mehr. Die Stadt ist **von jedem Verkehr abgeschnitten.**

In den Straßen von Osterburg liefen gestern mehrere flüchtige Rehe und Hasen herum. Am Bahndamm sind Nachts über zwanzig tote Rehe, meist mit gebrochenen Läufen, angeschwemmt worden. Die Flut spült alles mögliche heran: Kinderwagen, Bienenstöcke, ganze Dachstühle, Geflügel und viel Mobiliar. Von Husaren wurde ein Hund gerettet, der auf seiner Hütte zwischen Eisschollen treibend saß und angekettet war. Auf der Landstraße, die nach der Höchste zu führt, trifft man zahlreiche herrenlose Rinder, Schafe und Schweine. In dem nahen Arendsee soll gestern eine riesige Windhose großen Schaden angerichtet haben. Fünfzehn Dächer sind zum großen Teil abgedeckt. Die einstürzenden Schornsteine demolierten die Häuser.

Vorgestern Abend ist noch eine Abteilung Husaren von Stendal nach Osterholz gegangen. In der Nähe der Bruchstelle des Elbdammes stehen vielfach einzelne Gehöfte, die in großer Gefahr sind. Pioniere hörten verzweifelte Hilferufe aus einem einsam stehenden Wohnhause. Sie ruderten auf das Gehöft zu und bemerkten mehrere Landleute, die auf dem Dach saßen und um Nahrungsmittel baten. Die Pioniere fanden, daß im obersten Stockwerk in zwei kleinen Zimmern zehn Kühe und sieben Pferde, bis zum Bauch im Wasser stehend, untergebracht waren. Die Tiere brüllten vor Hunger. Die Leute wurden gerettet, das Vieh soll heute, wenn es überhaupt noch möglich ist, in Pontons gerettet werden. Bei Altenzaun sind der Sicherheit halber alle Zugangsstraßen durch Infanterie, die aus Magdeburg requiriert wurde, gesperrt. Die im Hochwassergebiet bei Seehausen arbeitenden Pioniere erhielten neue Kleidungsstücke.

Die Elbe fließt in ihrem alten Bett nur bis Sandau, dann ergießt sich der Strom durch die Bruchstellen und geht in seinem neuen Bett durch die Wische nordwestlich über Berge und Schnackenburg in das alte Strombett. Da das Wasser der Elbe gefallen ist, beginnen die Pioniere heute mit der überaus schwierigen Reparatur der Bruchstellen.

Eisgang im Hamburger Hafen. Der vorgestrige Abend und die darauf folgende Nacht brachten schwere Treibeismassen von der Oberelbe, die sich oberhalb der Elbbrücken während der Frühflut gestaut haben und dann mit dem Eintritt der Ebbe in Bewegung gerieten. Das Eis passierte, zu Bergen getürmt, in der Zeit von 7—9 Uhr den Hamburger Hafen. Der Verkehr geriet in dieser Zeit vollständig ins Stocken. Bis nach Altona saßen die großen Seedampfer, Schleppschiffe und die Fährdampfer im Eise fest, und selbst die mit sehr starken Maschinen ausgerüsteten Staatsdampfer, die den Eisbrecherdienst im Hafen versehen, konnten sich kaum durch die aufgestauten Eismassen hindurcharbeiten, um den Seedampfern zu Hilfe zu kommen. Auch die Kraft der schwer gebauten Hafenschlepper, konnte gegen die Eisnot nichts ausrichten. Erst nach 9 Uhr geriet das Eis in flottere Bewegung, und der Verkehr im Hafen konnte ungehindert wieder seinen Weg gehen. Auf der unteren Elbe bei Brunshausen, Kuxhaven usw. herrscht sehr schwerer Eisgang, da zu den alten Eismassen noch hinzugekommenes starkes Brucheis von der Oberelbe das Fahrwasser vollstopft und die Schiffahrt behindert.

Neue Messerattentate in Berlin. Die Freude darüber, daß die Messerattentate einen Vormittag lang aufgehört hatten, sollte nur von kurzer Dauer sein. Denn Mittwoch Nachmittag haben die Täter ihr blutiges Handwerk wieder aufgenommen. Sie haben ihre Verbrechen im Zentrum Berlins, in unmittelbarer Nähe des Polizeipräsidiums, in dem nördlichen Vororte Reinickendorf und in Charlottenburg ausgeführt.

Das erste Attentat wurde in der Nähe des Alexanderplatzes, in der Dircksenstraße, begangen; das zweiundzwanzigjährige Dienstmädchen Marie Boehme wurde vom Messerstecher überfallen. Als das Mädchen seinem Dienstherrn um ½8 Uhr das Mittagessen in sein Geschäft tragen wollte, ging es auf der Treppe im zweiten Stock des Vorderhauses an einem jungen Manne vorüber, der blitzschnell ein langes Messer hervorzog und einen wuchtigen Stoß gegen ihren Unterleib führte. Obgleich die Ueberfallene das Messer sah und auch einen Stich in der Leistengegend spürte, schrie es doch nicht um Hilfe, sondern ließ den Täter ruhig entkommen. Er sprang die Treppe hinab und verschwand! Nach den Angaben des Mädchens war der Angreifer etwa 22 Jahre alt, trug einen schwarzen Schlapphut, dunkles Jackett, braune Segelschuhe, aber keinen Hemdkragen. Dieser Fall ist noch besonders eigenartig dadurch, daß sich in jenem Hause die zweite Polizeihauptmannschaft befindet. Außerdem patrouillierte vor dem Hause ein Kriminalschutzmann auf und ab. Wären Hilferufe laut geworden, so hätte der Täter wohl kaum entkommen können.

Für die Annahme, daß mehrere Verbrecher an diesen Untaten beteiligt sind, spricht der Ueberfall, der eine knappe Stunde nach dem ersten Attentat in Reinickendorf-Ost ausgeführt wurde. Es ist zwar möglich, daß jemand innerhalb dieser Zeit vom Alexanderplatz bis Reinickendorf fährt, aber diese Eile wäre wohl zu verdächtig gewesen. In Reinickendorf war das Opfer des Messerstechers die neunzehnjährige Tochter Anna des Armenhausinspektors Siegel. Auf der Straße wurde sie plötzlich von einem Manne angegriffen, der hinter einem Zaun hervorsprang. Mit den Worten: „Fräulein, warum denn so eilig?“ versetzte er dem Mädchen einen wuchtigen Stoß mit einem spitzen Instrument, das den Unterarm traf. Der Stich wurde durch ein dickes Winterkleid abgeschwächt. Ehe die Ueberfallene sich von dem Schrecken wieder erholte, hatte der Täter schon die Flucht ergriffen. Der Messerstecher sah nach der Angabe des Mädchens sehr herabgekommen aus.

In den Abendstunden verübte der Messerstecher noch ein drittes Attentat. Die Zimmermeisterfrau Fischer in Charlottenburg ging gegen 9 Uhr in den Hof des Hauses, um einen Mülleimer auszuleeren. Plötzlich trat aus der Dunkelheit ein Mann auf sie zu und versetzte ihr zwei Stiche, die sie in den Oberarm und in den Rücken trafen. Die Frau schrie laut auf, sodaß mehrere Hausbewohner hinzustürzten. Sie nahmen sofort die Verfolgung des Täters auf, aber es gelang nicht, ihn zu ergreifen. Die Verletzungen der Frau Fischer sind nur leicht.

Ein viertes Attentat wurde in später Abendstunde verübt. Gegen 7 Uhr Abends entstand auf dem Mariannenplatz ein Menschenauflauf, da sich das Gerücht verbreitet hatte, der Messerstecher sei in der Nähe. Plötzlich erhielt eine Frau Berta Fröschle, die sich mitten in einem Trupp von Menschen befand, einen Stich in den Oberschenkel. Infolge der durch den Schrei der Frau verursachten allgemeinen Verwirrung gelang es auch diesmal dem Messerstecher, ungesehen zu [illegible]

und ein solches Vorgehen auf Privatgruben zu verhindern, dazu fehlt es meines Erachtens an einer gesetzlichen Handhabe.

Einen Anspruch auf Bescheid

hat keineswegs jeder, der sich an eine preußische Behörde wendet. Einen Rechtsanspruch auf Bescheid haben nur diejenigen, die in eigener Sache oder als Bevollmächtigte einer Person in einem rechtlich geordneten Vorfall die Mitwirkung der Behörde in Anspruch nehmen. Ob darüber hinaus Auskunft erteilt wird, richtet sich nach Zweckmäßigkeitsgründen. Ferner geben wir davon aus, daß Einzelpersonen, die Wünsche haben, diese Wünsche auch selbst vorzutragen haben. Korporationen und Vereine, auch staatlich organisierte Vertretungen, wie Handelskammern, halten wir dagegen nicht für berufen, konkrete Fälle, die die Interessen einzelner betreffen, zum Gegenstand von Eingaben bei den Behörden zu machen. Verfolgt werden solche Beschwerden aber trotzdem. Herr Macco hat eine maßvolle Sozialpolitik empfohlen. Zweifellos hat er darin Recht, daß wir mit einer gewissen Ungeduldheit und ohne Rücksicht auf die Kosten die Sozialpolitik in Angriff genommen und durchgeführt haben, und es ist vielleicht nicht unrichtig, wenn gelegentlich daran erinnert wird, daß Fürst Bismarck einmal gesagt hat, man möge sich hüten, im Interesse des Arbeiters die Henne zu schlachten, die die goldenen Eier legt. Mangels einer Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern sind wir aber gezwungen, viele gesetzliche Bestimmungen zu treffen, die vielleicht besser unterblieben wären und Dinge zu regeln, die bei guter Beziehung zwischen Arbeitgebern und Arbeitern zwischen denen geregelt werden könnten. Ich halte das zweifellos für eine Gefahr für unsere Industrie, nicht bloß für die Industrie, für den Unternehmer, sondern auch für die Arbeitnehmer, da solche Bestimmungen in ungünstiger Konjunktur, die wir heute gern akzeptieren, unter Umständen eine schwere Fessel werden können. Das Maß unserer sozialpolitischen Gesetzgebung wird zurückgehen, soweit wir die Möglichkeit schaffen, die fortwährende Streitfrage zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern an einer anderen Stelle zum Austrag zu bringen, als im Parlament, und je mehr das Gefühl der Notwendigkeit einer Einigung im beiderseitigen Interesse Platz greift. Die Regierung erläßt diese Bestimmungen keineswegs freiwillig, keineswegs nur zum Vergnügen und oft nur zögernd. Genau so steht es mit den polizeilichen Verordnungen, sie haben einen ähnlichen Grund, wie die erwähnten Fälle sozialpolitischer Gesetze.

Das Vorgehen gegen die technisch-industriellen Beamten

ist an sich für mich nur das Interesse, ob geeigneter Ersatz für die Entlassungen beschafft worden ist. Das ist der Fall, und im Übrigen kann ich das Material nicht nachprüfen. Nach den mir zugegangenen Mitteilungen ist ein Beamter entlassen worden, der in einer öffentlichen Versammlung Stellung genommen hat gegen eine sachliche Maßnahme der Bergverwaltung, die auf eine Verschärfung und Vermehrung des technischen Personals ausging. Wenn Herr Schepp verlangt hat, die Regierung müsse unter allen Umständen für die Koalitionsfreiheit der Beamten sorgen, so habe ich in dieser Beziehung auf dem Standpunkt des Staatssekretärs Bethmann-Hollweg. — Ich komme nun zu Herrn Leinert. Ich habe kein Interesse, eine Statistik anzustellen oder anzustellen der Arbeiter oder Unternehmer zu deuten, sondern lediglich das Interesse, festzustellen: wo in liegen die Gründe dieser nach den Zahlen scheinbaren Verschlechterung der gesundheitlichen Verhältnisse unserer Belegschaft im Bergbau. Ich habe mich nur gefragt,

wie ist eine solche Verschlechterung möglich,

wenn wir dauernd an der Verbesserung der Verhältnisse mit Erfolg arbeiten? Also meine Ansicht war, nur eine mir selbst zweifelhafte Frage zu stellen. Die einzelnen Fälle des Herrn Leinert kann ich natürlich nicht kontrollieren. Sie werden jedenfalls untersucht werden. Was die Frage der Urlaubserteilung betrifft, so habe ich im vorigen Jahre ausdrücklich gesagt, daß die Mittel nicht ausreichen, um in jedem Bergwerk den Urlaub durchzuführen. Ich habe die Durchführung des Urlaubs an die Bestimmung geknüpft, daß in erster Linie die Arbeiter berücksichtigt werden, deren Tätigkeit besonders anstrengend ist. In Bezug auf die politische Betätigung von unsern Arbeitern nur die unbedingt nötige Fessel an. Wir forschen nicht nach, wie der einzelne Mann gewählt hat, aber wir lassen uns keine Agitation gefallen, die den Frieden und die Disziplin auf den Werken stört. Für die Durchführung der bergpolizeilichen Verordnungen tritt die Verwaltung stets mit aller Energie ein. Der § 93c des Berggesetzes bezieht sich tatsächlich nur auf Steinkohlenwerke. Das ergibt sich aus der ganzen Entstehungsgeschichte des Gesetzes. Uebrigens ist im Kalibergbau die Temperatur von 28 Grad Celsius noch nicht gesundheitsschädlich.

Abg. Brust (Zentrum) wendet sich gegen den Antrag mit Rücksicht auf die zurückgehende Konjunktur, in der Lohnerhöhungen nicht am Platze wären.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Zum Wort gemeldet war nur noch der Abg. Leinert.

Der Antrag auf Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Polen abgelehnt.

Damit ist dieser Punkt erledigt.

Es folgt die dritte Beratung der

Pfarrerbesoldungsgesetze.

Abg. v. Arnim-Züsedom (kons.): Herr Hoffmann hat gestern eine Behauptung bestritten, daß der Schlußantrag von der Fraktionen unterstützt war. Ich stelle fest, daß der Antrag außer von mir von den Abg. Wallenborn (Zentrum), Dr. Friedberg (natl.) und Stengel (freik.) unterschrieben war. (Zuruf rechts: Er kann nicht mehr bis drei zählen. Große Heiterkeit.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich bitte um Verzeihung, mein Irrtum lag nicht daran, daß ich nicht zählen kann, sondern daß ich zwischen Konservativen und Freikonservativen keinen Unterschied mache. (Heiterkeit.)

In der allgemeinen Besprechung erhält das Wort:

Abg. Fleisch (Freis. Vpt.) tritt dafür ein, daß alle mit Ehrenämtern betrauten Beamte ebenso gegen Maßregelungen geschützt werden, wie die „Sicherheitsmänner" der neuen Berggesetz-Novelle.

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Abg. Goebel (Zentrum) bedauert, daß er durch den Schluß der Debatte verhindert sei, Beschwerden über Maßregelungen von Bergarbeitern bei der letzten Landtagswahl auf der Ferdinand- und Luisen-Grube in Schlesien vorzubringen. (Hört, hört!)

Die Einnahmen werden bewilligt, ebenso nach kurzer Debatte die Ausgaben.

Eine Petition um Gewährung einer Lohnerhöhung an die Bergarbeiter auf den königlich preußischen und fürstlich Schaumburg-Lippeschen Steinkohlenwerken in Oberkirchen beantragt der Abgeordnete Boramann und Genossen der königlichen Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen. — Die Kommission beantragt Uebergang zur Tagesordnung.

Abg. Leinert (Soz.): Die Petition trägt 1660 Unterschriften. Die Lohnverhältnisse in Schaumburg-Lippe sind die allerschlechtesten in den fiskalischen Gruben.

Abg. **Hoffmann** (Sozialdemokrat):

Eine kleine Bemerkung zuvor: Die Presse stellt fest, daß ich in der gestrigen Sitzung einige Sprachschnitzer begangen habe. Das kann mir auch heute, wie ich mich kenne, passieren. Wenn ich gestern über Ihr Lachen so erstaunt war, so lag das daran, weil mir das Sprichwort einfiel: Sie wollen ihrer und wissen selbst nicht wie, denn Sie sind es, die diese Volksschulen geschaffen haben, deren Kind ich bin. (Lachen rechts.) Hätten Sie die Millionen, die Sie für die Kirche bewilligen wollen, stets für die Volksschule hergegeben. — (Zuruf rechts: Dann hätten Sie auch nicht mehr gekommen!) Den Zwischenrufer bitte ich, sich die Antwort in Sirach 5, Vers 11 nachzulesen. (Große Heiterkeit.) Im übrigen bitte ich die Herren die Antwort nachzulesen, die ich seiner Zeit im Reichstage dem Abg. Beumer gegeben habe, als mir Sprachkünstler vorgeworfen wurden. Unseren prinzipiellen Standpunkt zur Sache habe ich schon im vorigen Jahre dargelegt, daß wir sowohl für die evangelische, für die katholische und die jüdische Geistlichkeit jede Unterstützung aus Staats- und Gemeindemitteln ablehnen. Abgesehen von diesem prinzipiellen Standpunkt liegt aber auch heute gar kein Grund vor, die verlangten Millionen für die Kirche zu bewilligen. Interessant war die Erklärung eines Regierungskommissars in der Kommission, der sagte, der Staat habe für die Aufbesserung der Pfarrerbesoldungen schon so viel aufgewendet, daß man ihm nicht zumuten könne, noch mehr zu geben. Wir hörten die Botschaft wohl, allein uns fehlte der Glaube. Damals wurde auch erklärt die Regierung habe mit dem vorliegenden Gesetz die Landeskirchen auf absehbare Zeit abgefunden. Das war im November. Die absehbare Zeit dauerte bis zum 13. Februar. (Heiterkeit.) Da hat man der evangelischen Kirche noch eine halbe Million und der katholischen etwa eine viertel Million zugegeben.

Ist denn nun die Kirche wirklich so arm,

daß sie 12 Millionen mehr Unterstützung braucht? Wir sind nicht der Ansicht. Das Gehalt der Geistlichen beträgt offiziell 1800 bis 4800 Mark. Der Wohnungsgeldzuschuß beträgt in Berlin zum Beispiel 1500 Mark. Nach zehn Jahren steigt das Gehalt der Geistlichen auf 3600 Mark, mit Mietsentschädigung 4500 Mark, nach 25 Jahren auf 6300 Mark. In Berlin beginnt das Einkommen einschließlich Wohnungsgeld mit 4000 bis 4500 Mark und endet mit 8500 bis 9000 Mark. Die Hälfte des preußischen Volkes hat ein Einkommen unter 900 Mark. (Hört, hört! bei den Soz.) In demselben Augenblick, wo Sie dieser evangelischen Kirche 12 Millionen geben wollen, haben Sie eine Petition nicht zur Berücksichtigung überwiesen, die 30 Pfennig mehr Lohn für die Bergleute verlangt. (Hört, hört! bei den Soz.) Früher war Ihr Bewilligungseifer für die Kirche nicht so groß. 1889 drängte Herr von Hammerstein, der wohl alle Ursache hatte, um sein Seelenheil besorgt zu sein, die Regierung 3,700,000 Mark für die evangelische Kirche zu bewilligen. Aber die Regierung erklärte sich dagegen. Jetzt wollen Sie 10 Millionen mehr bewilligen, obwohl Dr. Porsch sagte, ein „klagbarer Anspruch der Kirche" sei nicht vorhanden. Unsere Forderung der Trennung der Kirche vom Staat ist keine sozialdemokratische, sondern ist zum Beispiel in Frankreich vom Bürgertum durchgeführt worden. Die „Nationalzeitung" hat vor kurzem geschrieben: „Die preußische Kirche ist schon viel zu sehr Staatskirche geworden; was hat der Staat für eine Verpflichtung, immer tiefer für die Kirche in den Beutel zu greifen? Die Kirche scheint nicht zu überlegen, daß Geld verpflichtet. Der Einfluß des Staates auf die Kirche ist ein Krebsschaden. Er erschwert ihre Wirkung im Volke außerordentlich. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Kirche sollte streben, vom Staate loszukommen. Sollen die Geistlichen sich denn immer mehr zur schwarzen Polizei herabwürdigen?" Die Kirche kann die Summen, die sie zur Besoldung ihrer Geistlichen braucht, sehr gut selbst aufbringen. Auch dafür gibt die „Nationalzeitung" ein Beispiel. Sie schreibt: „Pfründen mit 10—12,000 Mark Einkommen sind vorhanden in Gemeinden mit kaum 1000 Seelen. Es gibt Kirchenkassen, die im Gelde wühlen" — das sagt kein sozialdemokratisches Blatt, sondern ein bürgerliches — „und sehr wenig für die Gesamtheit leisten. Nach dem Pfarrersalmanach gibt es in der Provinz Sachsen 1577 Pfarrstellen, von denen 384 nur eine Seelenzahl von 600 umfassen (Hört, hört! bei den Soz.), 386 eine Seelenzahl von 600—1000 usw. Es gibt sogar Stellen mit unter 300 Seelen. Solche Stellen begünstigen ein Drohnendasein. Der Pastor weiß nicht, wie er die Zeit durchbringen soll." So schreibt ein bürgerliches Blatt! Und da nehmen Sie es uns übel, wenn wir in einer Zeit, wo der Talles im Staat und Reich chronisch geworden ist, dagegen protestieren, daß so Hände voll Millionen hinausgeworfen werden. (Sehr gut! bei den Soz.) In den Gemeinden der Pfarrer, die so glänzend bezahlt werden, kommen häufig das ganze Jahr über nur ein Dutzend Todesfälle. Hochzeiten und Kindtaufen vor. Die „Nationalzeitung" hat mit Recht auf die Ueberflüssigkeit der Domherrengehälter hingewiesen. Der Finanzminister könnte Ihnen die beste Auskunft geben, wie überflüssig das Gehalt des Merseburger Domherrn ist. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Von den evangelischen Geistlichen erreichen 51½ Prozent das 70. Lebensjahr, 13 Prozent das 80. Von den Armgeborenen erreichen dagegen nur 65 von 1000 das 70. Lebensjahr. Da sehen Sie, daß der Kampf um das Diesseits doch aufreibender ist, als der Kampf um das Jenseits. (Heiterkeit und Sehr gut! bei den Soz.) Von einem Theologen aus Königsberg ist mir ein Schreiben zugegangen, in dem es heißt: viel leichter aufzubringen wären die Gehälter, wenn die Einkommen der ersten Geistlichen an den Kirchen einer genauen Prüfung unterzogen würden. Es würde sich dann zeigen, daß die meisten derselben das Doppelte und sehr oft noch mehr Einkommen haben, als für diese Stellen angegeben ist. (Hört, hört! bei den Soz.) Die ersten Geistlichen in Königsberg haben 15—20,000 Mark Einkommen, während ihr offizielles Einkommen mit 6—8000 Mark angegeben ist. Pastor Schübler aus Werben hat die Erhöhung der Gehälter der Geistlichen sehr gering gefunden, der Staat könne dafür nur einen höflichen Dank der Geistlichkeit verlangen. Wir wollen die Kirche aus der Vormundschaft des Staates und der herrschenden Klassen befreien. Eine Kirche, die sich ohne Staatszuschuß nicht halten kann, hat sich überlebt und hat keine Existenzberechtigung mehr. (Sehr gut! bei den Soz.) Zu den Einnahmen der Kirche kommt dann noch die Kirchensteuer. Diese betrug schon 1907 43 Millionen Mark für die evangelische Kirche in Preußen. Diese Steuer müssen auch die zahlen, die nicht mehr zur Kirche gehören wollen, aber nicht ausscheiden können, weil sie sich in abhängigen Stellungen befinden, wie das zum Beispiel bei den Beamten der Fall ist. In der Politik duldet man nicht Sozialdemokraten, im Glauben nicht Glaubenslose unter den Beamten. Sie brauchen nicht zu glauben, aber sie müssen heucheln, daß sie etwas glauben. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei den Beamten war der Landtag nicht so freigebig mit den Millionen. Als ich bei der ersten Lesung darauf hinwies, welche Unsummen die Synoden aus den Gesangbüchern verdienen erregte das Widerspruch. Die Schlesische Zeitung hat aber erst in letzter Zeit festgestellt, daß die Synode in Breslau bei der Uebernahme des Provinzialgesangbuches in eigener Regie einen

Gewinn von 42697 Mark

gemacht hat. (Hört, hört! bei den Soz.) Ich erinnere auch an die Kirchhofspolitik. Der Abg. Schrader hat in der Berliner Stadtsynode es kritisiert, daß man über 4½ Millionen für drei Friedhöfe ausgegeben habe, die für lange Zeit nicht in Benutzung genommen werden können. Die Friedhofsspekulation bringt ungeheure Summen ein. Ich weiß nicht, ob Sie es billigen, daß die Diener des Nazareners sich mit Terrainspekulation abgeben.

Präsident v. Kröcher: Ich verbitte mir, daß Sie in diesem Tone von unserm Herrn und Heiland sprechen. (Bravo! rechts.)

Abg. **Hoffmann** (Soz.) (fortfahrend): Wenn die Kirchenverwaltung diese Spekulation für richtig hält, so ist das ihr gutes Recht, aber dann soll sie auch die Kosten für die Gehälter der Geistlichen aufbringen. (Sehr wahr! bei den Soz.) In Rosenthal-Wilhelmsruh bei Berlin werden Pfarrwiesen, die eine Millionen Wert repräsentieren, nicht verkauft, und die Kirchenbehörde hat offenherzig erklärt, sie müsse darauf bedacht sein, daß das Land nicht so billig verkauft werde. (Hört, hört! bei den Soz.) Interessant wäre auch eine Statistik über den Kirchenbesuch. In Stuttgart ist festgestellt, daß von 170,000 Evangelischen 150,000 den sonntäglichen Gottesdienst nicht besuchen. (Hört, hört! bei den Soz.) Es gibt sogar Geistliche, die vor Drohungen nicht zurückschrecken, um Leute zur Kirchensteuer zu veranlassen. Ein evangelischer Geistlicher hat in einem Buche „Kirche Sozialdemokratie und Christentum" dargelegt, daß infolge der Staatsaufsicht die Geistlichen sich der Nöte des vierten Standes nicht mit dem gebotenen Eifer annehmen können.

Präsident v. Kröcher bittet den Redner zum Gesetzentwurf zu sprechen.

Abg. **Hoffmann** (fortfahrend): Ich wollte beweisen, daß die Abhängigkeit vom Staate infolge Staatszuschusses von den Geistlichen selbst zugegeben wird. Nicht der Dogmenglauben tut not, sondern die Weckung wahrer Religiosität, wahrer Sittlichkeit und Menschlichkeit. Sorge der Staat vor allem für Wissen und Erkenntnis. Das ist der Kulturhebel der uns vorwärts bringt. Geben Sie dem Volke für die Millionen, die Sie der Kirche opfern, Bildung und Erkenntnis und natürlich auch körperliche Nahrung, dann werden wir die Todesstrafe und die Prügelstrafe entbehren können. Es ist ein Tiefstand der Kultur, daß im 20. Jahrhundert in diesem Hause noch die Prügelstrafe gefordert werden kann. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sie werden ja trotz aller Vernunftgründe die Millionen für die Kirche bewilligen, weil Sie von der Kirche hoffen, daß sie Ihnen als Bundesgenosse Ihre Vorrechte erhält. Wundern Sie sich nicht, wenn das Volk daraus seine Konsequenzen zieht, nicht bloß die Nichtgläubigen, die mit dem Dogma fertig sind, sondern auch die Frommen, welche eine wahre und freie Kirche haben wollen. Das Volk hat die Selbsthilfe in der Hand: den Austritt aus der Kirche. Wenn es dazu kommt, daß die Massen der Kirche nicht mehr angehören, dann denken Sie an das Wort, daß Sie die Totengräber Ihrer eigenen Kirche sind. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Eine Spezialdebatte entspinnt sich nicht. Das Besoldungsgesetz für die evangelischen Pfarrer wird angenommen.

Auf Anfrage des Abg. Dr. Porsch (Zentrum) teilt Präsident v. Kröcher mit, daß er vom Minister Nachricht erhalten habe, daß Berichte über die Hochwasserkatastrophe noch nicht genügend eingelaufen sind, um die betreffende Interpellation in diesen Tagen beantworten zu können.

Nächste Sitzung: Freitag 12 Uhr: Steuergesetze.

Schluß 6 Uhr.

---

mmen. Leider versäumte man es, die Polizei rechtzeitig Kenntnis zu setzen. Die Frau wurde nach der Unfallstation Grünen Weg gebracht und dort verbunden. Ihre Verletzung gering. — Unter dem Verdachte, Messerstechereien verübt zu haben, wurden gestern Abend zwei junge Leute in Moabit und Treptow verhaftet. Sie kommen jedoch allem Anschein nach nicht als Täter in Betracht. Sie wurden über Nacht in Haft behalten.

Ein fünftes Attentat wurde auf ein Kind in Berlin-West verübt. Das Kind, die Tochter eines Bankiers, ging an der Hand seiner Erzieherin, als es auf dem Bürgersteig von einem jungen Manne, der schnell vorübereilte, einen Stich erhielt. Ehe eine Verfolgung des Täters aufgenommen wurde, war der Messerstecher verschwunden. Die Kleider des Mädchens, das selbst unverletzt blieb, weisen die Spuren eines Messerstichs auf.

Schwere Not für die Schiffahrt. Im Kanal herrscht ein ganz starker Nebel. Als dieser sich vorgestern zu heben begann, sah man ein großes Dampfschiff, etwa zehn Meilen von der Küste von Dover entfernt, das offenbar schwer beschädigt war. Das Schiff hatte alle seine Rettungsboote herabgelassen und drehte sich im Kreise. Ein starker Schlepper, die „Lady Carson", wurde dem Dampfschiff zu Hilfe geschickt, aber kaum war er in See gegangen, so hob der Nebel von neuem Boden und es unmöglich machte, den Havarierten Dampfer zu finden.

Der Kampf gegen die Schmutzliteratur. Die Berliner Ethische Schulgesellschaft beschäftigte sich in ihrer letzten Versammlung unter dem Vorsitz des Stadtschulrats D. Hintzelmann mit der Anregung des Gemeindevorstandes von Tonkow zur Bekämpfung der Schmutzliteratur. Stadtschulrat Dr. Fischer hat sich vorher mit der Literarischen Vereinigung des Berliner Lehrervereins in Verbindung gesetzt wegen Herausgabe eines Merkblattes an die Eltern. Die Deputation hat beschlossen, den Magistrat zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß in den Zeitungskiosken keine die Schmutzliteratur fördernden Bücher verkauft werden.

Der Kampf-Dampfer „Mauretania" hat alle Rekorde der Ozean-Schnellfahrt gebrochen. Nach einer Mitteilung der Cunard-Gesellschaft hat er in der Zeit von Sonntag Mittag bis Montag Mittag auf der Fahrt nach Westen 571 Seemeilen mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 26,21 Knoten in der Stunde zurückgelegt. Bei der Reise nach Westen muß allerdings berücksichtigt werden, daß zur Zeit des Zeitunterschieds auf der zurückgelegten Strecke binnen der Tag 25 Stunden zählt. Trotzdem bleibt die Geschwindigkeit der „Mauretania", die in einem Tage 5 Kilometer zurückgelegt hat, bisher von keinem Schiffe erreicht worden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 19. Februar.

Geschichtskalender.

20. Februar.

1810 Andreas Hofer wird in Mantua erschossen.
1856 Der französische Theaterdichter Eugene Skribe †.

Sturm im Stadthause.

Der dritte Etatstag im Breslauer Stadtparlament gestaltete sich von Anfang an sehr lebhaft und bewegt und zwar weniger wegen der kommunalen Streitfragen, die sich an den Stadthaushaltsplan knüpften, als wegen allgemeiner politischer Exkursionen, mit denen der sattsam bekannte Pastor Ritschke die Diskussion fortzuführen für gut befand. Trotzdem die Blätter aller Richtungen die Etatsrede des Genossen Löbe als durchaus sachlich anerkannt hatten, glaubte der genannte Herr für eine kleine Sozialistentöterei die Zeit gekommen. Er schob der Sozialdemokratie ein erhebliches Maß an der Schuld für die hohen Polizeikosten zu, weil sie Straßendemonstrationen veranstalte und knüpfte daran wieder die dreiste Behauptung, die sozialdemokratischen Führer nehmen an den Straßendemonstrationen nicht teil. Stadtv. Oertel vom Hausbesitzerverein, klagte überdie hohen Grundsteuern und widersprach der Ansicht des Gen. Löbe über die Höhe des Wertzuwachses. In ganz veränderter Gestalt trat diesmal Stadtv. Dr. Seiffert in Erscheinung: er hielt eine in allen Teilen zutreffende, zur Verteidigung der Fortbildungsschule bestimmte Rede über die Notwendigkeit umfassender und guter Schulbildung für die unteren Volksschichten und legte sodann für die in der Debatte etwas mitgenommenen Beamten ein Wort ein. Mit heiteren Kuriosa wartete der klerikale Herr Finger auf, er wünschte Abschaffung des Steuerbringsystems, mehr Gartenschmuck für das Ohlauer Tor und kam dann zu recht ernst gemeinten Steuervorschlägen eigener Erfindung. Er will eine Zehnpfennigsteuer für alle, die zu geselligen Zwecken den Saal der „Gesellschaft der Freunde", das „Gewerkschaftshaus" oder den „Zwinger" besuchen, oder sich in einer Wirtschaft Wein, Bier oder Branntwein einschenken lassen. Die Erhebung dieser „Luxussteuer" soll auf automatischem Wege erfolgen: jedes dieser Details erregte einen Sturm der Heiterkeit in der Versammlung. Genosse Löbe, der nach ihm zum Worte kam, nahm sich den wahrheitsliebenden Pastor von der „Schles. Morgenzeitung" kräftig vor, wies ihn darauf hin, bei welcher Gelegenheit die

Polizei zum Einschreiten Anlaß hat und nannte seine Behauptung vom Drücken der Führer beim rechten Namen. Als Genosse Löbe in Ironisierung der Finger'schen Steuervorschläge erwähnt, ob man nicht auch eine Steuer vor den Kirchentüren erheben wolle, begehrten die Frommen, die zum Teil schon recht lange nicht mehr in solchen Gebäuden waren, mächtig auf und Herr Rechtsanwalt Herschel, eine neue und erhebliche Leuchte des Klerikalismus im Stadtverordnetensaale, klagte tief entrüstet über angebliche Profanierung religiöser Gefühle. Genosse Löbe wies darauf hin, daß ihm jede Verletzung ferngelegen habe, Herrn Herschels Entrüstung auch etwas deplaziert erscheine, da doch sowieso an den Kirchentüren schon Klingelbeutel und Pfennigbüchsen sich befinden. Herr Professor Kaufmann machte eine kurze Bemerkung gegen Boykott und Terrorismus der Sozialdemokratie und Herr Heilberg hielt es für erforderlich, die Steuerkuriosa des Stadtv. Finger verwaltungstechnisch und juristisch zu widerlegen. Dann nahm Herr Oettinger zu einigen etatsrechtlichen Bemerkungen das Schlußwort, ging aber auf Wunsch des Vorsitzenden auf Spezialfragen, z. B. des Stadttheaters, nicht ein. Damit war die Etatdebatte erschöpft, in der nächsten Sitzung dürften vielleicht schon die Spezialberatungen erfolgen.

Erfahrungen der letzten Sitzung veranlaßten den Genossen Schütz an den Vorsitzenden und die Versammlung eine Bitte zu richten. Er ersucht die Stadtverordneten und Magistratsmitglieder im Interesse der Kollegen, der Presse und der Stenographen, bei den Verhandlungen etwas lauter zu sprechen und den „großen Belagerungszustand" aufzuheben, der bei leisen Reden um den Vorstands- und den Stenographentisch etabliert wird. Er erfüllte damit einen schon sehr oft innerhalb und außerhalb der Versammlung geäußerten Wunsch, der nun wohl auch Beachtung erfahren wird.

Den Rest der Sitzung bildeten sachliche Erörterungen um die Reform des Mädchenschulwesens, die Erhöhung des Schulgeldes an höheren Lehranstalten und einige weitere Vorlagen, über welche der nachstehende Bericht näher orientiert. Daß während der Debatte Herr Nitschke wieder einmal von seinem israelitischen Blockbruder Heilberg die Erfüllung christlicher Erziehungsideale verlangt, sei nur nebenher erwähnt.

Die Etatsdebatte eröffnete

Stadtv. Dr. **Nitschke** (Antisemit): Die Begründung, die der Kämmerer dem Etat schriftlich und mündlich gegeben hat, mußte Befremden erregen, wegen der politischen Anspielungen, die darin enthalten waren. Absonderlich war insbesondere die Einleitung, wonach die Zollgesetzgebung an unserer Finanznotlage schuld sein soll, und es werden ihm schließlich wohl selbst Bedenken aufgestiegen sein, als er sah, mit welch ästhetischem Behagen seine Behauptungen von Löbe aufgegriffen wurden. Da sah man die Folgen solcher politischen Anspielungen, denn die Herren um Löbe wollen sich ja nicht einmal mit einer Reform des Wahlrechts zufrieden geben, sondern verlangen gleich eine Reform an Haupt und Gliedern. Der Zoll ist für die Städte nicht von ausschlaggebender Bedeutung, und der Stadtverordneten-Sitzungssaal ist deshalb auch nicht der geeignete Ort, um über ihn zu verhandeln. Aber auch noch in anderer Hinsicht hat der Kämmerer auf unsere staatlichen Einrichtungen Bezug genommen und von der Städtefeindlichkeit einer Partei und Korporation gesprochen. Den betreffenden Instanzen waren für das Schulunterhaltungsgesetz, die Polizeikosten und die Provinzialabgaben andere Gesichtspunkte maßgebend, als die, die über die Mauern unserer Stadt nicht hinausreichen, und hat es auch keinen Wert, gegen die höchsten Stellen der Staatsgewalt seine Spitzen zu richten. Beim Schulunterhaltungsgesetz ist auf die Leistungsfähigkeit Rücksicht genommen worden und darauf, daß 60 Prozent der Schüler in den Landschulen für die Großstädte unterrichtet werden. Die hohen Polizeikosten bedauern auch wir, ihre Steigerung ist aber durch die notwendige Vermehrung und die bessere Besoldung der Beamten verursacht worden. An die Herren, denen diese Kosten zu hoch sind, möchte ich doch die Frage richten, ob sie nicht wollen, daß die Ordnung auf der Straße gewahrt bleibt. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Darüber wachen wir!). Es hilft eben nichts, diese Kosten müssen getragen werden, und wenn die Bürgerschaft über die zu hohen Lasten seufzt, dann tragen die Herren um Löbe hierfür die Verantwortung. Wir haben doch alle gelesen, in wie kindischer Weise sich die Leute in Berlin nach Versammlungen benommen haben. Vielleicht wären Ausschreitungen weniger zu befürchten, wenn die Führer bei Demonstrationen mit vornan wären, aber in Berlin sieht man so wenig einen Bebel, Singer oder Stadthagen dabei, wie in Breslau einen Löbe. Also die hohen Polizeikosten kommen auf das Konto einer Seite, von der am meisten darüber geschrien wird.

Die Klagen über die hohen Provinzialabgaben sind nicht weniger ungerechtfertigt. Die wohlhabenden Steuerzahler können sich doch auch nicht auf den Standpunkt stellen: Ich mag nicht 200 oder 300 Mark Steuern zahlen für Dinge, die mir persönlich fern liegen. Ich spreche nur im Namen meiner Freunde, wenn ich sage, daß man politische Exkurse nicht zu weit ausdehnen soll. (Zuruf: Sie auch nicht.) Es wäre besser und wirkungsvoller gewesen, wenn der Kämmerer lediglich die Zahlen hätte reden lassen, anstatt politische Erörterungen daran zu knüpfen.

Wir leben in schwierigen Verhältnissen im Reiche, wie auch während der nächsten Jahre in der Stadt. Da wäre es nötig, daß uns ein weitreichender Finanzplan vorgelegt würde. Der Herr Oberbürgermeister hat ja in der letzten Sitzung ganz hübsche Erörterungen über die Ausgaben aus dem Stadtsäckel gemacht, es wäre aber eine genaue Gegenüberstellung darüber notwendig, was wir an werbendem und anderem Vermögen haben. Die Aufhebung der Schlachtsteuer hätte doch der Magistrat voraussehen können, und ebenso, daß eine höhere Besoldung der Beamten kommen würde. Jetzt kommen noch große Ausgaben für den Hochwasserschutz. Da ist ein groß angelegter Finanzplan unumgänglich notwendig. Die Biersteuer und die Hundesteuer sind aber nicht großzügig angelegt, und von der Erhöhung des Schulgeldes kann man das auch nicht sagen. Ein Teil der Bürger ist zwei und dreifach belastet. Jetzt soll dieser Teil noch höheren Wasserzins zahlen und auch die Tarife für Gas und Elektrizität sollen erhöht werden. Die Versammlung wird sich künftig nicht mehr so willig zeigen, wenn es sich um Grundstücksankäufe handelt. Auch an den Ausgaben für Säuglingsheime und Promenaden muß gespart werden. Insbesondere kann auf unseren Promenaden an Hilfsgärtnern und Arbeitern gespart werden. Wir wünschen uns künftig einen nach Form und Inhalt angenehmeren Etat.

Stadtv. **Oertel** (Hausbesitzer) hat herausgerechnet, daß die Hausbesitzer im Vergleich zur übrigen Bürgerschaft zu schwer belastet sind. Nach dem neuen Etat sollen sie nach dieser Rechnung bei 6000 Mark Reingewinn pro Jahr 155 50 Mark mehr an Steuern zahlen, während Rechtsanwälte, Richter und Aerzte mit 6000 Mark Einkommen nur 29 20 Mark mehr zu zahlen haben. Wenn Löbe in der vorigen Versammlung gesagt habe, der Grund und Boden von Breslau habe seit 1900 einen Wertzuwachs von einer halben Milliarde Mark erlangt, so habe er dabei außer acht gelassen, daß inzwischen Herdain, Dürrgoy, Morgenau und Leerbeutel erst eingemeindet worden seien, daß an Stelle wertloser Häuser kostspielige Neubauten errichtet worden sind und daß sich die Zahl der bebauten Grundstücke um 1730 vermehrt hat. Es ist ein großer Aufwand an Kapital und Unternehmungslust geleistet worden, und der den Unternehmern hieraus erwachsene Gewinn sei ebenso ein berechtigter, als die vielen Millionen Mark an Löhnen, die den Arbeitern ausgezahlt worden seien.

Stadt. Dr. **Seiffert** (kons.): Das Verlangen der Beamten nach Gehaltserhöhung ist kein ungebührliches, denn sie kommen immer erst hinten nach, wenn bereits alles teurer geworden ist. Die Beamten wünschen vielfach selbst die Abschaffung des Steuerprivilegiums, durch das nur ein ungünstiges Verhältnis zwischen ihnen und dem Bürgertum genährt wird. Auch würden sie als Steuerzahler ein regeres Interesse an den städtischen Angelegenheiten bekunden als jetzt. Wenn die Beamten sich ebenfalls zusammentun, wie alle anderen Stände, so handeln sie damit durchaus richtig, solange sie sich von unbilligen Forderungen fernhalten. Ihre Forderungen sollen sie in Resolutionen ohne alle Floskeln kleiden. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß unter besseren Einkommens-Verhältnissen auch die Arbeitsfreudigkeit und -Kraft der Beamten wachsen wird. Redner kommt dann auf das Fortbildungsschulwesen zu sprechen. Die Mißstimmung der Meister gegen die Schule hat ihren Grund lediglich darin, daß den Lehrlingen ein Teil von ihrer Arbeitszeit entzogen wird. Die Wege usw. eingerechnet, kommen wöchentlich etwa 10 Stunden zusammen und diese wollen solche Meister nicht einbüßen. Die Schulen sind im übrigen nicht da, damit die Lehrlinge dort lernen, was sie in ihrer Werkstatt lernen können. Sie sollen gewissermaßen nicht ins Handwerk pfuschen. Wir haben ein Interesse an der Hebung der Allgemeinbildung. Es sollen in den Schulen Staatsbürger mit offenen Augen und Sinnen erzogen werden. Deshalb sollten dort auch geschichtliche und literarische Kenntnisse gepflegt werden. Der Fachunterricht dagegen soll sich nur auf Lehrlinge solcher Berufe erstrecken, deren vielseitige Gliederung zur Folge hat, daß die Lehrlinge in einer einzelnen Werkstatt ihren Beruf nicht richtig lernen zu lernen vermögen.

Stadtv. **Finger** (Ztr.) erachtet die Abfassung des Entwurfs zum Etat für zu dürftig, weshalb man sich über manche Dinge erst auf Umwegen informieren könne. Das Steuer-Bringesystem stelle sich nach Erhöhung der Beamtengehälter ebenso teuer als die frühere Abholung. Die Kämmereikasse erleide zudem noch Zinsverluste, weil die Steuern später eingingen. Das Bringesystem, für das er seinerzeit selbst gestimmt habe, sei also ein verfehltes Experiment. Die Polizeikosten seien im Etat um 15.000 Mark zu hoch eingeschätzt. Zu bedauern sei, daß man dem Gewerkschaftshause nicht einen besonderen Teil dieser Kosten auferlegen könne, denn wegen diesem müsse eine ganze Stammgarde von Beamten gehalten werden. Auch für die Gehälter der Lehrer an den höheren Lehranstalten sei der Anschlag viel zu hoch. Daß die Gehälter der Beamten wegen der Lebensmittelteuerung erhöht werden müßten, sei nicht richtig, denn die anderen Steuerzahler haben die gleichen Lebensmittelpreise zu zahlen, sie leiden unter der schlechten Konjunktur und sollen auch noch mehr Schulgeld, Bier-, Hunde-, Grund- und Gewerbesteuer zahlen. Gespart könne dadurch werden, daß man den vakantwerdenden Posten des einen Bauinspektors vorläufig unbesetzt läßt. Auch an Drucksachen könne gespart werden, sofern man die Protokolle von Kommissionssitzungen nicht mehr besonders im Druck anfertigen lasse. Eine Ausstattung mit Anlagen bedürfe insbesondere der Webeskyplatz, denn durch dessen gegenwärtiges Aussehen seien die benachbarten Hausbesitzer geschädigt. Die angekauften Ringhäuser sollten nicht mehr verpachtet, sondern alsbald abgebrochen werden.

Die angenehmste Steuer sei eine solche auf Luxus. Luxus sei es wenn jemand in einem Lokale Wein, Bier, Schnaps oder Kaffee trinke. Ein Luxus sei es auch, ins Gewerkschaftshaus, in die Gesellschaft der Freunde zu gehen. (Rufe: In den Zwinger!) Für jeden Ausgehtag sollten deshalb immer 10 Pfennige Steuer erhoben werden. Wenn man dabei bedenke, daß täglich 50.000 bis 80.000 Menschen, an Sonntagen sogar 250 000 Menschen die verschiedensten Lokale besuchten, dann könne eine solche Steuer wohl ihre drei Millionen einbringen. (Großes Gelächter.) Meine Herren, die Sache ist nicht zum Lachen. Denken Sie an die Behusteigsperre. (Abermaliges Gelächter.) Man könnte Tageszettel ausgeben, oder vor den Lokalen Automaten aufstellen, die solche Zettel verkauften. Ich bitte Sie meinen Vorschlag nicht lächerlich zu behandeln und ihn nicht verächtlich in die Ecke zu werfen. Ich bin überzeugt, daß man auf diesen Vorschlag noch zurückkommen wird, denn er stellt die gerechteste Steuer dar, die man sich denken kann. (Der Schluß geht unter dem Gelächter der Versammlung verloren. Stadtverordneter Finger setzt sich empört auf seinen Platz.)

Stadtv. **Löbe** (Soz.): Die Steuervorschläge des Stadtverordneten Finger eröffnen glänzende Perspektiven man kann sie in der originellsten Weise abstufen und wir werden schließlich auch noch darauf kommen, auch an den Kirchentüren Steuern zu erheben. (Unruhe.) Sehr drollig mutet es auch an, wenn man Herrn Nitschke gegen Verschwendung bei der Promenaden-Verwaltung reden hört und gleich darauf verlangt sein Fraktionsfreund Finger neue Promenaden fürs Ohlauer Tor. — Mit Herrn Professor Seiffert sind wir diesmal ganz einverstanden wir unterstützen jede Ausbreitung der Volksbildung und sind der Meinung, der Lehrling ist zum Lernen da, nicht zur Ausbeutung durch den Lehrherrn. (Zustimmung.) — Die Grundsteuern sind höher als die Einkommensteuern, weil die Stadt für die Grundbesitzer ihre kostspieligen Anlagen einrichten muß. Was den Wertzuwachs anlangt, so haben meine Beispiele bewiesen, wie oft es sich um unbebautes Land handelt, an dem kein Finger gerührt wurde. — Was nun Herrn Nitschke anlangt, so kann er die Angabe des Magistrats über die Zollverteuerung und die reaktionären Maßnahmen Preußens nicht widerlegen, darum verlangt er, diese Wahrheiten sollen unterdrückt und vertuscht werden. An dem erheblichen und überflüssigen Polizeiaufgebot am Gewerkschaftshause sind wir ganz unschuldig, von den vielen tausend Versammlungen daselbst hat noch nicht eine wegen Gemalttätigkeiten polizeiliches Eingreifen nötig gemacht. Aber auch die beiden letzten Straßentrawalle in Breslau, die mir in Erinnerung sind, betrafen nicht Sozialdemokraten: der letzte fand an Kaisers Geburtstag in der Schweidnitzerstraße während des Fackelzuges statt, der vorletzte in einer Silvesternacht an derselben Stelle. Wo sich die Polizei in unsere Straßendemostrationen nicht einmischt, geht diese sehr ordentlich und ruhig vonstatten. Was nun die Behauptung des Herrn Nitschke anlangt, wir hätten uns an den Demonstrationen nicht beteiligt, so haben wir ihre Unrichtigkeit schon zwei Mal in der „Volkswacht" betont. Könnte ich Herrn Nitschke nachweisen, daß er diese Widerlegung gelesen hat, dann würde ich ihn einen bewußten Lügner nennen. (Unruhe.) da ich das nicht kann, stelle ich nur eine jener objektiven Unwahrhaftigkeiten fest, wie sie Herr Nitschke in seinen Prozessen schon selbst zugeben mußte. Die Freunde, die hier auf dieser Bank sitzen, haben ihren Idealen schon mehr Opfer an Freiheit und Gesundheit gebracht, als alle Parteigenossen des Herrn Nitschke zusammen genommen.

Kämmerer **Matthes**: Die Festlegung und Begründung des Etats muß Herr Dr. Nitschke schon dem Magistrat überlassen. Dieser wird sich auch durch solche Redensarten nicht abhalten lassen, den Kernpunkt zu erfassen, anstatt darum herum zu gehen. Gehaltserhöhungen der Beamten für das Jahr 1908 sind in dem Etat nicht vorgesehen, sie beziehen sich nur auf das Jahr 1909. Unsere Bauinspektionen sind derart überlastet, daß ihnen zu Abrechnungsarbeiten keine Zeit bleibt. Wenn der Staat mit weniger Bauinspektionen auskommt, dann nur deshalb, weil sich auf jedem staatlichen Bau ein höherer Beamter befindet. Das Steuerbringesystem bedeutet nicht nur eine erhebliche Ersparnis an Beamten, sondern auch noch andere Vorteile. Wie oft hat nicht einmal bei einem Steuererheber der Buchbestand mit dem Istbestande nicht übereinstimmt und der betreffende wanderte dann ins Gefängnis, oder er nahm sich das Leben. Herrn Finger wäre ich überaus dankbar, wenn er mir sagen wollte, wie sein Steuerprojekt durchzuführen wäre. Den Restaurationskellner können wir doch nicht zum Steuererheber machen. Mancher Familienvater würde aber auch achtmal gestraft, wenn er Sonntags einmal ein Lokal aufsuchen wollte. Wenn über die zu hohe Belastung der Hausbesitzer geklagt worden ist, so gewährt doch die Stadt ihnen andererseits eine Menge Vorteile. Die Kanalgebühren sind niedrig, die Abfuhr kostet sie garnichts. Der Grundbesitz ist in Breslau viel besser gestellt als in anderen Großstädten. Während in Breslau von 1000 Mark Steuern nur 232 Mark vom Grundbesitz erhoben werden, sind es in Berlin 306 und auch in den meisten anderen Großstädten mehr als bei uns.

Prof. **Kaufmann** (natl.): Herr Löbe sieht die Tätigkeit seiner Genossen denn doch zu idealistisch an. Der Terrorismus ist doch nun mal nicht zu leugnen und um ihn zu bekämpfen, werden die Polizeikosten erhöht. Das, was die Grundbesitzer auch heute wieder gegen die angeblich zu hohe Belastung vorgebracht, ist ja nicht stichhaltig. Wäre das alles wahr, so würde ja niemand mehr Lust haben, Grundbesitzer zu werden. (Heiterkeit.) Der Besitz muß aber doch wohl etwas an sich haben, das reizt, und jedenfalls viel Angenehmes: deshalb kann er auch einige Lasten tragen.

Pastor **Nitschke**: Es lag mir völlig fern, dem Magistrat wegen der politischen Anspielungen im Etatvorwort Vorwürfe zu machen. (Zuruf b. d. Soz.: Jetzt kneift er wieder!) Ich bin aber der Meinung, daß die politischen Bemerkungen hätten wegbleiben können. Wohin es führt, wenn die Politik hier in diesen Saal getragen wird, hat ja Herr Löbe bewiesen, der es wagte, unsere Religiösität anzutasten und den Vorschlag machte, auch die Kirchgänger mit einer Steuer zu belasten. An den Promenaden ließ sich viel sparen, weil die unter den Begriff „Luxus" fallen. (Hört, hört!) Was Herr Löbe gegen mich persönlich gesagt hat, ignoriere ich. (Zuruf: Er kneift!)

Stadtv. **Heilberg**: Auch ich bin gegen das Hineintragen politischer Erörterungen in diese Debatten. Herrn Fingers Vorschläge haben ja große Heiterkeit erweckt, die völlig berechtigt war. Er hätte aber besser daran getan, sich einmal das Kommunalabgabengesetz anzusehen, dann würde er bemerkt haben, daß seine Vorschläge gar nicht gesetzlich zulässig sind.

Stadtv. **Herschel** (Zentr.): Zwei Worte an Herrn Löbes Adresse: Auch vom katholischen Standpunkt aus muß dagegen protestiert werden, daß Herr Löbe hier die Begriffe Kneipe und Kirche in einem Atem benutzt hat. Herr Löbe hat damit an etwas gegriffen, was uns innerlich teuer ist. (Zuruf b. d. Soz.: Das ist uns unser Gewerkschaftshaus auch!) Es entspricht nicht der Würde des Hauses, wenn die Sozialdemokraten trotz ihres Programmsatzes: „Religion ist Privatsache", derartige Ausfälle gegen das religiöse Empfinden unternehmen. (Zuruf: b. d. Soz.: Die Würde des Hauses wird vom Vorsitzenden gewahrt, nicht von Ihnen!)

Hierauf wird ein Schlußantrag angenommen.

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Stadtv. **Löbe** (Soz.): Eine Verletzung religiöser Gefühle will Herr Herschel konstruieren, indem er mir einen Vergleich zwischen Kirche und Kneipe zuschiebt. Einen solchen beabsichtigte ich nicht zu ziehen. In den von Herrn Finger genannten Lokalen finden aber Veranstaltungen künstlerischen und bildenden Charakters statt, z. B. unser Goetheabend, die für die Teilnehmer ebenso erbauend wirken als für Ihre Leute der Aufenthalt in der Kirche. Uebrigens ist das, was ich sachlich erwähnt, schon eingeführt: an der Domtür wird jeder Besucher von einem rotgekleideten Kirchendiener um Geldspenden angesprochen. (Heiterk.) Die Kirche sieht darin keine Lästerung, also brauchte es der Staat auch nicht anders aufzufassen.

Nach einem Schlußwort des Etatsreferenten Oettinger erhält außerhalb der Tagesordnung das Wort der Stadtverordnete Schütz I. (Soz.):

Meine Herren! Gestatten Sie, daß ich im Namen meiner Freunde an den Herrn Vorsteher eine Bitte richte: Es ist hier eine Eigenart aufgekommen, die nach und nach zum Uebel geworden ist, das wir im Interesse der hier beruflich und ehrenamtlich tätigen Herren zu beseitigen bitten: Wir meinen die störende Angewohnheit, bei Reden der Magistratsvertreter und anderer leise sprechender Herren dort vorn sich anzupflaumen, wodurch die Stenographen gestört werden und den übrigen Herren das Zuhören unmöglich gemacht wird. Nach der letzten Rede des Herrn Oberbürgermeisters mußten sämtliche Zeitungen öffentlich erklären, daß man ihn nicht habe hören und verstehen können. Gewiß ist auch die Akustik dieses Saales nicht die beste, aber wenn die Kollegen künftig auf den Plätzen bleiben und die Redner lauter und deutlicher sprechen, so werden auch die Vertreter der Presse und die Stenographen ihrer Pflicht genügen können. (Bravo!)

Einen Dringlichkeitsantrag betreffend Ankauf der Häuser Burgfeld 14 und 15 für 121.000 Mark zwecks Erweiterung des Allerheiligen-Hospitals, begründet Stadtv. Schmidt I. Der Antrag wird den Ausschüssen IV und VI überwiesen.

Angenommen wird ein Antrag, in Herrnprotsch eine Villa für den Anstaltsarzt für 28.000 Mk. zu erbauen. Stadtv. Tietze bemerkt dabei, fünf Zimmer seien für einen Arzt zu wenig, selbst wenn er noch zwei Zimmer in der Anstalt habe.

Dem Magistratsantrage, daß die zur Errichtung eines Säuglingsheims bei der städtischen Sparkasse aufzunehmende Anleihe in Höhe von 500 300 Mark mit 3¾ Prozent verzinst und mit 1½ Prozent amortisiert wird, gibt die Versammlung ihre Zustimmung.

Die Neuordnung des höheren Mädchenschulwesens begründet Stadtv. Dr. Richter in ausführlicher Weise. An der ausgedehnten Debatte beteiligen sich die Stadtverordneten Heilberg, Dr. Riemann, Bürgermeister Trentin, Dr. Nitschke und Professor Wohlauer. Nach dem Antrage des Referenten wird die Vorlage dem Schulausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Ueber die Erhöhung des Schulgeldes bei den höheren und mittleren Schulen referiert Dr. Töplitz. Er meint, in der gegenwärtigen Finanzmisere müsse leider auch auf eine Erhöhung des Schulgeldes zurückgegriffen werden, wünscht aber, daß die Knaben-Mittelschulen, die eigentlich nur eine höhere Volksschule darstellen, von der Erhöhung verschont bleiben. Stadtv. Dr. Seiffert wendet sich gegen die Erhöhung des Schulgeldes überhaupt, die nur einen Abfluß der Schüler in die königlichen Anstalten und damit eine Schädigung der städtischen zur Folge haben könne. Bürgermeister Trentin versichert seinem Vorredner, daß bei Bewilligung von Freischule stets entgegenkommend verfahren werde. Stadtv. Professor Wohlauer bemerkt, daß er seine jüngst gegebene Anregung, das Schulgeld staffelweise entsprechend den Steuern der Eltern zu erheben, nicht als Utopie aufgefaßt wissen will. Nur dürfte dann das Schulgeld nicht in der Schule entrichtet werden, wodurch wir Schüler erster, zweiter und dritter Klasse bekommen würden. Die ganze Vorlage ist dem Redner sehr unsympathisch, aber bei der jetzigen Finanzlage mußte sie kommen. Er glaube übrigens nicht, daß der Staat mit einer Erhöhung des Schulgeldes an seinen höheren Schulen lange warten wird. Stadtv. Oettinger meint, es könnte uns gar nichts besseres passieren, als eine Abwanderung der höheren Schüler in die staatlichen Anstalten, weil der Staat eigentlich die Aufgabe habe, für die höheren Schulen zu sorgen. Stadtv. Dr. Richter ist für Erhöhung des Schulgeldes mit der Begründung, daß das Geschenk, welches der einzelne Familienvater, der Kinder in höhere Schulen schickt, von der Stadt bekomme, so gering wie möglich angesetzt werden müsse. Redner verweist hierbei auf die Zuschüsse, welche die Gemeinde für die höheren Schulen leistet. Wenn man sage, die Bildung werde wieder verteuert, so erkläre er, niemals habe die Schulgelderhöhung eine Herabsetzung der Frequenz zur Folge gehabt. Die Eltern, deren Kinder oft Fahrräder, Sportanzüge usw. besäßen und sich bei Schulausflügen teure Ansichtspostkarten kauften, seien auch in der Lage, das höhere Schulgeld zu tragen.

Die Versammlung überweist dann die Vorlage an den Etatausschuß. Darauf Schluß der Sitzung um 7¾ Uhr.

* **Wichtig für Straßendemonstranten.** Der Sattler Ehm zu Untersen hatte im Auftrage des Vorstandes des Gewerkschaftskartells für Sonntag, den 2. August 1908, die Genehmigung zu einem Gewerkschaftsumzuge nachgesucht, da ein Gewerkschaftsfest stattfinden sollte. Die Polizeiverwaltung erteilte die Genehmigung. Aus Plakaten, die das Gewerkschaftskartell ausgab, ersah dann die Polizei, daß außer den Mitgliedern der Gewerkschaften auch Gäste teilnehmen sollten. Sie zog daraufhin die Genehmigung zurück und verbot die Abhaltung des Gewerkschaftsfestes als einer öffentlichen Lustbarkeit.

Ehm beschwerte sich. Der Landrat verwarf (wozu ist er sonst Landrat?) die Beschwerde.

Ehm beschwerte sich nun beim Regierungspräsidenten. Der Regierungspräsident zu Schleswig verwarf natürlich auch diese Beschwerde. Auf die nunmehr von Ehm angestrengte Klage entschied jedoch das Ober-Verwaltungsgericht, daß die Verfügung der Polizei-Verwaltung, soweit sie die Zurücknahme der Erlaubnis zu dem Aufzuge ausspricht, außer Kraft zu setzen sei. Es wurde ausgeführt: Zweifellos wäre eine Polizeibehörde berechtigt, eine erteilte Genehmigung zurückzuziehen, wenn neue Tatsachen hervorträten, die es rechtfertigten. Darin allein, daß die Zahl der Teilnehmer des Aufzuges sich durch das Hinzukommen von eingeführten Gästen erhöht haben würde, könne der Senat eine wesentliche Veränderung nicht erkennen. Hätte in der Vermehrung der Teilnehmer eine Veränderung gelegen, die eine Störung der Sicherheit befürchten ließ, dann wäre die Polizei verpflichtet gewesen, in der Beziehung näheres zu behaupten. Das habe sie nicht getan. Die Zurücknahme der Erlaubnis zu dem Aufzuge sei darum unberechtigt.

* **Vor zehn Jahren.** Die „Schlesische Volkszeitung", die „Breslauer Zeitung" und vielleicht noch andere hiesige und auswärtige Blätter brachten in diesen Februartagen vor zehn Jahren vom Polizeipräsidium die interessante Mitteilung, „daß es nunmehr feststeht, daß der Polizei-Präsident Dr. Bienko seine Stellung in Breslau bis zum 1. April d. J. (1899) aufgegeben haben wird, um in eine höhere Stellung im Nordosten der Monarchie einzurücken." Böse Leute hielten damals jene Nachricht schon als einen Faschings- oder mindestens verfrühten Aprilscherz. Sie haben recht behalten. Der Nordosten der Monarchie hat auf das Glück verzichten und Breslau seinen Präsidenten behalten müssen.

* **Eine geheimnisvolle Angelegenheit** erregt im Steinitzer Viertel seit einigen Tagen die Gemüter. Von einem an der Sache Interessierten wird uns darüber folgendes geschrieben: „Die unverehelichte A. W. wurde durch Frühgeburt von einem etwa sieben Monate alten Mädchen entbunden. Das Kind kam angeblich tot zur Welt; jedoch war die Entbindung mit Begleiterscheinungen verknüpft, welche die Verwandten der W. veranlaßten, sofort Anzeige bei der Behörde zu erstatten. Gegen den Verführer, den Vermittelungsagenten E. N. in der Berlinerstraße hier, der sich in Abwesenheit der Verwandten in die Wohnung geschlichen und die W. zu seinen unlauteren Zwecken benutzt hatte, wurde Strafantrag gestellt; die bereits eingeleitete Untersuchung wird das weitere ergeben.

Der Fall dürfte aber noch ein anderes Nachspiel haben. Die Eheleute N. schrieben an die Verwandten der W. Briefe, in denen sich der Ehemann N. in nicht wiederzugebender Weise als Verführer des Mädchens bekennt. Aus diesen Briefen geht auch eine erpresserische Absicht des N. hervor und ferner, daß die Eheleute N. in gegenseitigem Einverständnis handelten!"

Wir können im Augenblick nicht feststellen, ob das alles stimmt, der letzte Satz aber bedarf dringender Aufklärung.

Aus Schlesien und Posen.

An unsere Leser und Berichterstatter in der Provinz!

Die erhebliche Ausbreitung der politischen und besonders der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung in den Orten unserer Provinz hat eine bedeutend erweiterte Vereinstätigkeit und damit auch eine immer umfangreichere Berichterstattung für unsere Parteipresse zur Folge gehabt. Nicht immer aber ist der Inhalt der in Vereins- und Zahlstellenversammlungen verhandelten Gegenstände so wichtig und so interessant, daß er über den Kreis der direkten Beteiligten hinaus bekannt werden muß. Oft wird im Gegenteil durch diese ausführlichen Berichte das Schwängen der Versammlung geradezu begünstigt. Da in neuerer Zeit unter der erweiterten Versammlungsberichterstattung — ebenso wie unter den starken Parlamentsberichten — der übrige Inhalt der „Volkswacht" erheblich leiden mußte, bitten wir unsere Berichterstatter wie die Vereins- und Zahlstellenvorstände, uns nur dann noch Versammlungsberichte zugehen zu lassen, wenn dieselben besonders wichtige Vorkommnisse — Lohnbewegungen, Fabrikausstände, behördliche Eingriffe und dergl. — enthalten. Reine Berufsangelegenheiten und ähnliches muß an die betreffenden Fachorgane verwiesen werden. Die gleiche Maßnahme wird in Breslau im Einverständnis mit den betreffenden Körperschaften schon seit längerer Zeit geübt; sie erfolgt nicht, um den Umfang der Zeitung zu verkleinern, sondern um ihren allgemein interessierenden Inhalt zu vermehren.

Die Redaktion ist angewiesen, von heute an in diesem Sinne zu verfahren.

Mit Parteigruß

Die Preßkommission der „Volkswacht". — **Die Redaktion der „Volkswacht".**

Achtung, Vertrauensmänner in Schlesien!

Der „Landbote", Nr. 2, Jahrgang 1909, ist erschienen und gelangt von Montag an zum Versand. Wir gaben durch Zirkular vom 13. Januar d. J. bekannt, daß er nur noch an Orte abgegeben wird, die ihn ausdrücklich von uns fordern. Da nun ein Teil dieser Orte, resp. Vertrauensmänner nicht geantwortet haben, so erhalten ihn diese nicht mehr zugesandt. Etwaige Nachbestellungen sind schleunigst an den Unterzeichneten zu richten.

J. A.: G. Scholich.

Liegnitz, 17. Februar. Plötzlicher Tod. Im Bezirksverein „Nord" wollte heute Abend Stadtgeometer Werner einen Vortrag halten, als er plötzlich während seiner Rede vom Herzschlag getroffen wurde und auf der Stelle verstarb.

Hirschberg, 19. Februar. Wohlverein. In der am Dienstag abgehaltenen Mitgliederversammlung beschäftigten sich die Genossen hauptsächlich mit der Agitation. Der Vorsitzende berichtet, daß Genosse Stolpe-Görlitz am 6. März in Schmiedeberg und am 7. März in Cunnersdorf in öffentlichen Volksversammlungen referieren wird. Herr Gräbel-Herischdorf will vor Ostern keine Versammlung abhalten lassen. Für die Bibliothek wurden einige Neuanschaffungen beschlossen.

Hirschberg, 19. Februar. Neue Verkehrsmittel. Die Verkehrsverhältnisse im Riesengebirge werden in Kürze wesentliche Verbesserungen erfahren. Auf böhmischer Seite werden nächsten Sommer Automobilomnibusse von Krebeit bis dicht unter die Schneekoppe durch den herrlichen Riesengrund fahren; ebenso von Hohenelbe bis Spindelmühl. Eine andere Linie von Warmbrunn bis Giersdorf und Hain wird am 1. Mai eröffnet. Auch größere Bahnprojekte beschäftigen die Gebirgsbewohner. So eine Schwebebahn von Spindelmühl über den Kamm bei der Spindlerbaude bis Warmbrunn. Ein anderes Projekt ist der Bau einer elektrischen Bahn am Fuße des Riesengebirges entlang, von Reibnitz über Voigtsdorf, Hermsdorf und Kynast, Hain, Baberhäuser, Brückenberg bis Krummhübel. Obwohl hier noch viele Hindernisse zu beseitigen sein werden, dürfte diese Bahn viel Aussicht auf baldige Ausführung haben.

* **Trebnitz**, 19. Febr. Im Schneegestöber verirrt. Am Dienstag abend hatte sich eine Häuslersfrau aus Obertal von dort auf den Weg gemacht, um hier Verwandte zu besuchen. Auf dem Wege wurde sie vom Schneegestöber überrascht und verlor den Weg. Drei Stunden irrte sie umher, bis ihr Rufen von einem Fuhrmann gehört wurde, der mit seinem Schlitten auf der Chaussee nach Trebnitz fuhr und die völlig ermattete Frau aufnahm.

Schweidnitz, 19. Februar. Eisenbahners Ende. Einen grauenhaften Tod erlitt Mittwoch abend auf dem Bahnhof zu Faulbrück der Rangierer Schröter. Während er auf dem Bahngleis beschäftigt war, glitt er aus und stürzte quer über den Gleisstrang. In demselben Augenblicke brauste ein Güterzug heran und überfuhr den Unglücklichen. Er schnitt ihn dabei mitten durch in zwei Teile. Schr., ein solider und gewissenhafter Beamter, hinterläßt eine Frau mit fünf unversorgten Kindern.

Glatz, 19. Februar. Plötzlicher Tod. Die verwitwete Frau Kaufmann Berger hatte Mitwoch nachmittag einen hiesigen Rechtsanwalt konsultiert. Als sie die Treppe, die zu diesem führte, herabgekommen war, wurde sie vom Schlage getroffen und blieb im Flur liegen. Ein im Hause bedienstetes Mädchen fand sie bereits entseelt vor. Der hinzugerufene Arzt konnte nur noch den Tod feststellen.

Görlitz, 19. Februar. Tod dreier Arbeiter. Tot aufgefunden wurden am Sonnabend auf dem Dominium in Jänkendorf drei aus Galizien stammende Landarbeiter. Die drei waren erst am Freitag auf dem Dominium eingetroffen und hatten in einem zum Dominium gehörenden Gebäude übernachtet. Sonnabend mittag fand ein Knecht die drei Galizier tot vor. Ueber die Ursache des plötzlichen Todes ist noch gar nichts bekannt. Die gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet.

Görlitz, 19. Februar. St. Elmsfeuer. Ueber eine seltene Naturerscheinung wird dem „N. Görl. Anz." von einem Leser geschrieben: Am Montag Abend gegen 6 Uhr ging ich von Lichtenberg O.-L. nach Lauterbach in einem dichtigen Schneetreiben. Trotzdem ich den Weg genau kenne, hatte ich doch kräftig zu stampfen und auf die Richtung aufzupassen, da man kaum 10 Schritte weit sah. Daß ich mitunter total einsank, focht mich weiter nicht an, hielt ich doch Richtung. Kurz vor Lauterbach setzte jedoch ein solcher Schneesturm ein, daß überhaupt nichts mehr zu erkennen war. Und jetzt sah ich ein Naturschauspiel, das seinesgleichen suchte. Mein Hutrand glänzte von Hunderten von Lichttropfen, die Stockspitze schien weißglühend zu sein, die Nasenspitze glänzte wie ein Glühstrumpf, ebenso Augenwimpern und Schnurrbart. Die Fingerspitzen, da ohne Handschuhe, warfen Lichtfunken. Dieses Phantom dauerte 2 bis 3 Minuten. Daß es elektrische Entladungen waren, bewies Blitz und schwacher Donner, welchen ich bereits in Lichtenberg wahrnahm. — Ueber ein gleiches Naturschauspiel wird der Reichenberger „D. Volksztg." vom 16. d. M. geschrieben: Eine seltene Natur-Erscheinung wurde am 15. d. M. um 8 Uhr 30 Minuten Abends auf dem Wege von Johannisbad nach dem Hotel „Erlebach" in Schwarzenberg beobachtet und zwar ein St. Elmsfeuer. Zur genannten Zeit gingen zwei Herren in das obenerwähnte Hotel. Seit den letzten 2 bis 3 Stunden schneite es sehr stark und das Thermometer dürfte annähernd 2 Grad über Null verzeichnet haben. Beim Gasthaus „Zur frohen Aussicht" bemerkten die beiden Herren an den Krempenrändern ihrer Hüte einen Lichtschein, welcher immer intensiver wurde. Bei der Villa „Edelstein" befanden sich einige Zaunpflöcke, deren obere Enden ebenfalls eine bläulich schimmernde Lichtkrone trugen. Wie gebannt blieben die beiden Beobachter stehen und die Natur dieser seltenen Erscheinung wurde ihnen klar. Sie streckten nun die Hände mit gespreizten Fingern von sich und jede der Fingerspitzen zeigte den gleichen Lichtschimmer, wobei sie selbst ein leichtes Zucken verspürten. Alles, was mit der Luft in direkte Berührung kam, leuchtete. Der erhobene Stock, ein Messer, die Markierungsruten, kurz alles, was nicht zu weit entfernt war, zeigte den bläulichen Schein. Bemerkt sei noch, daß beim eigentlichen Beginnen dieser Erscheinung — sie währte etwa 3 bis 5 Minuten — es plötzlich zu schneien aufgehört hatte und eine vollständige Windstille herrschte.

Donnersmarckhütte OS., 19. Februar. Hohes Alter. Nachdem die 109 Jahre alte Witwe Josefa Schafor in Zabrze gestorben ist, lebt als älteste dortige Person die im Siechenhaus der Donnersmarckhütte untergebrachte Witwe Rossolik. Dieselbe zählt 101 Jahre. — In der Provinz Posen feierte am Montag eine Frau ebenfalls ihren 100. Geburtstag.

Beuthen O.-S., 19. Februar. Brand eines Erz-Reservoirs. Auf der im nahen Roßberg gelegenen Fiedlersglückgrube ist das über Tage befindliche Erzreservoir vom Feuer zerstört worden. Das Feuer ist in dem 6 Meter hohen, aus Eisenbahnschienen bestehenden Gebäude durch Heizkörper, die ein Gefrieren der Erze verhindern sollten, verursacht worden. Die Feuerwehr hatte von früh 6 Uhr bis nachmittags 4 Uhr angestrengt an der Bekämpfung des Feuers zu tun.

Schönlanke, 19. Februar. (285 Prozent Zuschlag). In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde u. a. beschlossen, als städtische Steuern 285 Prozent Zuschlag zur Einkommensteuer und zu den Realsteuern für dieses Jahr zu erheben. Außerdem soll der Bau eines städtischen Krankenhauses, dessen Notwendigkeit allgemein anerkannt wurde, gefördert werden und zu dem hierzu bereits angesammelten größeren Fonds 3000 Mark für dieses Jahr hinzugefügt werden. — Ueberfahren. Von dem Schlittengespann des Ackerwirts Tonn in Eichsier Vorwerk überfahren wurde die 70jährige Witwe Golz in Jagolitz. Die alte Frau wurde ein ganzes Ende mitgeschleift und erlitt so schwere Verletzungen, daß sie nach einigen Stunden verstarb.

Wollstein, 19. Februar. Tödlicher Sturz. Dienstag fiel der Schützenhauswirt Robert Fischer im Saale so unglücklich von einer Leiter, daß er in der darauffolgenden Nacht verstarb.

Etablissement „Cappenhof", Morgenau.

Sonnabend, den 20. Februar 1909:

Großer Maskenball

(maskiert und unmaskiert)

mit unterbrochener von 7 Kapellen ausgeführter Ballmusik, sowie Prämiierung der 6 eingesandten Masken durch anwesende Publikum, bestehend eine echt goldene Damenuhr, sowie eine Herren-Remontoiruhr, veranstaltet vom **Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau** (Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität").

Anfang 7 Uhr. Anfang 7½ Uhr.

Eintritt: Im Vorverkauf: Herr 60, Dame 40 Pf., an der Kasse: Herr 1 Mk., Dame 50 Pf.

Gegen 10 Uhr: **Kunst- und Reigenfahren**, ausgeführt von Mitgliedern des Vereins.

1. Hamburgischer Kinderreigen. 2. Kunstringen. 3. Kunstfahren des mexikanischen Cowboy-Sombrero mit seinem Freund Lasso.

Die Maskenprämien sind in der Zeit vom 1.—10. Februar im Zigarren-Geschäft des Herrn Bergfeld, Friedrich-Wilhelmstr. 107 (am Odereinsatz) und vom 11.—19. Februar im Zigarren-Geschäft des Herrn Paul Wilde, Matthiasstraße 100 (am Oderthorplatz) ausgestellt.

Programme sind in den Vorbereitungsabenden, wie bei den Vorstandsmitgliedern J. Eichmann, Gräbschenstr. 56, II. Richard Seifert, Werftstr. 24, IV. Julius Hübner, Matthiasstr. 140, Friedrich Tomalat, Krausstr. 28, Robert Wagner, Hildebrandstr. 30 und Wilhelm Wittner, Bismarckstr. 17, III. zu haben.

NB. Die werten Bundesbrüder aus Breslau sind hiermit freundlichst eingeladen. [872] Der Vorstand.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch-Auf" Altwasser.

Sonntag, den 21. Februar 1909

im Saale von Seifferts Hotel, Altwasser:

Großes Masken-Kränzchen

verbunden mit mexikanischen Radaufführungen.

(Ordnungsmacht)

Aufzeichnung der schönsten Masken.

Maskenkarten sind zu haben bei Reich Schulz, 4. Bezirk Nr. 7, Paul Hellner, 4. Bezirk Nr. 11, und im Vorverkauf „Seifferts Hotel".

Anfang 6 Uhr. Maskenanzug 7 Uhr. 785

Hierzu laden alle Radfahrer, Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein Der Vorstand.

Gasthaus zum Walfisch, Brieg

Fischerstraße 16.

Sonnabend, den 20. d. Mts.: 788

Großes Bockbier-Fest

mit musikalischer Unterhaltung.

Sonntag, den 21. d. Mts.: **Bockbier-Ausschank.**

Es ladet freundlichst ein **Josef Hoffmann.**

Abschrift!

Im Namen des Königs!

In der Privatklagesache des Wetterfteigers August Schmidt zu Rieder-Hermsdorf, vertreten durch den Rechtsanwalt Dr. Carl Walter in Waldenburg Schles., Privatklägers, gegen den Redakteur Gustav Wolff in Breslau, Graupenstraße 5/6, vertreten durch den Rechtsanwalt Eugen Bandmann in Breslau I, Karlsstraße 3, Angeklagten, wegen Beleidigung, hat das Königliche Schöffengericht in Waldenburg Schlesien in der Sitzung vom 26. Oktober 1908, an welcher teilgenommen haben:

Fabig, Gerichtsassessor, als Vorsitzender,
Heinz, Porzellanmalereibesitzer,
Heinzel, Bergwerkskalkulator,
als Schöffen,
Körner, Gerichtsaktuar, als Gerichtsschreiber,

für Recht erkannt:

Der Angeklagte, Redakteur Gustav Wolff in Breslau, ist der Beleidigung schuldig und wird deshalb unter Auferlegung der Kosten des Verfahrens zu einer Geldstrafe von 500 — fünfhundert — Mark, auf deren Stelle, wenn sie nicht beigetrieben werden kann, für je fünf Mark ein Tag Gefängnis tritt, verurteilt.

Dem Privatkläger wird die Befugnis zugesprochen, die Verurteilung des Angeklagten binnen einer Woche nach Zustellung des rechtskräftigen Urteils einmal auf Kosten des Angeklagten in der Volkswacht und in dem in Waldenburg erscheinenden Feierabend des Arbeiters zu veröffentlichen.

Zugleich wird die Unbrauchbarmachung aller Exemplare der Volkswacht vom 5. Mai 1908, soweit sie sich auf den Artikel „Aus dem reichstreuen Aktenschrank" beziehen, angeordnet.

Von Rechts Wegen.

Geschäftsnummer: 5 B 91/08. (790

Verband der Schneider, Schneiderinnen u. Wäschearbeiter Deutschlands. Filiale Breslau.

Montag, den 22. Februar, abends ½9 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Lokale von **Henschel, Herrenstr. 19.**

Tages-Ordnung: 1. Ist die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung in unserem Berufe zweckdienlich und durchführbar? Referenten: Kollegen Fritsch und Richter. 2. Urabstimmung hierüber. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Kollegen! Die Wichtigkeit der Tages-Ordnung verpflichtet die Mitglieder zu zahlreichem und pünktlichem Erscheinen. 784

Die Ortsverwaltung.

Wir empfehlen:

Gute Remittenden-Exemplare!

Schande,

Erzählungen von Herm. Heyermann
anstatt Mk. 1.00 **Mk. 0.60**

Der Meister von Bayreuth,

von Dr. A. Kohut,
Neues und Intimes aus dem Leben Richard Wagners,
anstatt Mk. 3.00 **Mk. 1.00**

Die Nonne,

Roman von Denis Diderot,
anstatt Mk. 1.00 **Mk. 0.60**

Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht.